

77. Sitzung

am Dienstag, dem 11. Dezember 2001, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	5499	Hartenstein (fraktionslos)	5510
Nachruf auf die ehemalige Parlamentsjournalistin Hilde Balke	5499	Siegfried Schneider (CSU)	5512
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Frau Christl Schweder, Frau Berta Schmid und Frau Christa Steiger	5499	Dr. Schuhmann (SPD)	5513
Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag der Fraktion der SPD		Dr. Waschler (CSU)	5514
„Pisa-Studie – Was jetzt? – Konsequenzen für die bayerische Bildungspolitik“		Irlinger (SPD)	5514
hierzu:		Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/8249	5515
Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Knauer, Donhauser u. a. u. Frakt. (CSU)		Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 14/8251	5515
Entschließung zur Pisa-Studie (Drs. 14/8249)		Beschluss zum Dringlichkeitsantrag 14/8252 des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN	5515
und		Gesetzentwurf der Staatsregierung	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Werner- Muggendorfer, Radermacher, Irlinger u. Frakt. (SPD)		zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (Drs. 14/8157)	
Pisa-Studie 2000 – Konsequenzen für die baye- rische Bildungspolitik (Drs. 14/8251)		– Erste Lesung –	
und		Verweisung in den Haushaltsausschuss	5515
Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Dürr, Münzel, Gote, Kellner u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Gesetzentwurf der Abgeordneten Christine Stahl, Dr. Dürr, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN)	
Konsequenzen aus Pisa: Chancengerechtig- keit schaffen – Spitzenleistungen ermöglichen (Drs. 14/8252)		zur Förderung der Integration im Freistaat Bay- ern (Drs. 14/8221)	
Frau Radermacher (SPD)	5499	– Erste Lesung –	
Knauer (CSU)	5501	Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	5516
Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5503	Dr. Merkl (CSU)	5517
Frau Staatsministerin Hohlmeier	5505	Vogel (SPD)	5518
Frau Dr. Baumann (SPD)	5507	Frau Staatsministerin Stewens	5519
Nöth (CSU)	5508	Verweisung in den Verfassungsausschuss	5520
Frau Werner-Muggendorfer (SPD)	5509	Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Wilhelm, Dr. Spaenle, Dr. Eykmann (CSU)	
Sibler (CSU)	5510	zur Änderung des Bayerischen Hochschulleh- rergesetzes, des Bayerischen Hochschulge- setzes und des Gesetzes zur Ausführung des	

Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen (Drs. 14/7386)

– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 14/8235)

Prof. Dr. Stockinger (CSU) 5520
Vogel (SPD) 5522
Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . 5524

Dr. Spaenle (CSU) 5525
Odenbach (SPD) 5526
Staatsminister Zehetmair 5527

Beschluss 5527

Schlussabstimmung 5527

Schluss der Sitzung 5528

(Beginn: 15.04 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 77. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, möchte ich auf zwei Punkte eingehen. Über 50 Jahre hat sie unsere Arbeit als Journalistin begleitet.

(Die Anwesenden erheben sich)

Als Frau der ersten Stunde hat sie den Wiederbeginn der Parlamentsarbeit nach dem Krieg miterlebt. Sie war gewissermaßen schon ein Bestandteil dieses Hauses. Vor wenigen Tagen ist Frau Hilde Balke gestorben. Ganz leise hat sie sich verabschiedet. Sie hat es sich nicht nehmen lassen, das Buch über die Landtagspräsidenten von 1946 bis 1994 zu vollenden. Dann legte sie die Feder für immer aus der Hand. Wir danken ihr und werden ihr ein ehrendes Gedenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren von Frau Balke von den Plätzen erhoben. Ich bedanke mich bei Ihnen.

Noch ein paar Glückwünsche. Frau Kollegin Christl Schweder konnte am 16. November einen halbrunden Geburtstag feiern. Runde Geburtstage begingen am 28. November Frau Kollegin Berta Schmid und am 8. Dezember Frau Kollegin Christa Steiger. Im Namen des Hohen Hauses und persönlich gratuliere ich den Kolleginnen sehr herzlich. Ich wünsche ihnen alles Gute sowie Kraft und Erfolg bei der Erfüllung ihrer parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe nun auf:

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung war die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat zum Thema „**Pisa-Studie – Was jetzt? Konsequenzen für die bayerische Bildungspolitik**“ eine Aktuelle Stunde beantragt. In die Beratung beziehe ich folgende zum Plenum eingereichte Dringlichkeitsanträge ein:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Knauer, Donhauser und anderer und Fraktion (CSU)

Entschließung zur Pisa-Studie (Drucksache 14/8249)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Werner-Muggendorfer, Radermacher, Irlinger und Fraktion (SPD)

Pisa-Studie 2000 – Konsequenzen für die bayerische Bildungspolitik (Drucksache 14/8251)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konsequenzen aus Pisa: Chancengerechtigkeit schaffen – Spitzenleistungen ermöglichen (Drucksache 14/8252)

Wie Sie wissen, dürfen in der Aktuellen Stunde die einzelnen Redner nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion kann einer ihrer Redner zehn Minuten sprechen. Dies wird auf die Gesamtredezeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung kraft seines Amtes das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung für mehr als zehn Minuten das Wort, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zeit der Aussprache zu reden. Ich bitte Sie jeweils, auf mein Signal zu achten. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Radermacher mit einem Redebeitrag von zehn Minuten.

Frau Radermacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fassungslosigkeit war wieder einmal groß. Die Ergebnisse der Pisa-Studie sind kommentiert und vollmundig als Katastrophe bezeichnet worden. In der Tat könnte man sie als Katastrophe bezeichnen. Aber auch die Ergebnisse der OECD-Studie von 1998 und der Tims-Studie von 1999 haben eigentlich nichts anderes ausgesagt. Auch damals herrschte eine große Aufregung, der Absichtserklärungen und Beruhigungsspielen folgten. Frau Hohlmeier, eine Spezialistin für Ankündigungspolitik, hat in diesem Fall sofort zugeschlagen und – die Pisa-Studie war noch nicht ganz gedruckt – die KMK aufgefordert, ein Vier-Punkte-Programm umzusetzen. Frau Hohlmeier hat uns bei diesem Vier-Punkte-Programm vollständig auf ihrer Seite, handelt es sich doch um Begehren, die wir all die Jahre im Landtag beantragt und die Sie ständig abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings ist die Frage offen, wieso Frau Hohlmeier diese vier Punkte der KMK vorschlägt und nicht einfach in Bayern mit der CSU-Mehrheit und ihrer Verantwortung verwirklicht. Meine Damen und Herren, Sie müssten nur sich selbst überzeugen, bestenfalls auch noch den Finanzminister. Mit der Ankündigungspolitik muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei der SPD)

Besonders erschüttert hat die SPD der Zusammenhang zwischen sozialer Schichtzugehörigkeit und Bildungsbeteiligung. Wer Ihren Antrag liest, merkt, dass Sie dies eigentlich nicht zur Kenntnis nehmen. Ich hatte gehofft, dass Sie dies genauso erschüttert: 50% der Jugendlichen aus Familien der oberen Schicht, aber lediglich 10% der Jugendlichen aus Familien mit ungelerten und angelernten Arbeitern besuchen das Gymnasium. Diese Bilanz ist in keinem der 32 untersuchten Industrieländer so dramatisch.

(Beifall bei der SPD)

Was wir hier tun, ist nicht nur inhuman, sondern eine in diesem Land einmalige Vergeudung von Ressourcen.

Herr Stoiber, unsere Kinder sind nicht dümmer, auch die bayerischen nicht. Sie werden nur weniger gefördert. Sie ergehen sich in Notenhürden und im Festlegen zum Beispiel von Abiturquoten: Es dürfen nicht mehr sein als 20 %. All das trägt zu diesen katastrophalen Ergebnissen bei.

Beim Lesetest hat der Anteil der schwachen und schwächsten Leser eines Altersjahrgangs 23 % betragen. Das heißt also, dass 23 % größte Probleme haben, Texte zu begreifen, einzuordnen und umzusetzen. Das ist in der Tat eine Katastrophe.

Der hohe Ausländeranteil in Deutschland sei schuld, wird jetzt flugs interpretiert, nicht nur von Herrn Stoiber, sondern heute im Ministerrat auch von Frau Hohlmeier, die sagt: Die mangelnde Integration von Kindern und Jugendlichen vor allem aus der Türkei und Jugoslawien ist daran schuld. Auch dies stimmt nicht. Die Pisa-Studie hat nämlich intelligenterweise eine Kontrollgruppe eingerichtet. Es sind sowohl Jugendliche untersucht worden, die zwei ausländische Elternteile haben, als auch Jugendliche, die einen ausländischen und einen deutschen Elternteil haben, und Jugendliche, deren Eltern beide Deutsche sind. Die Unterschiede in der Kontrollgruppe sind nicht signifikant. Allerdings spielt die soziale Zugehörigkeit eine ausgesprochen große Rolle.

Ihre Antwort, Frau Hohlmeier: Förderprogramme zur Verbesserung der Sprachkompetenz. Sie haben diese heute wohl auch beschlossen. – Großartig! Ausgesprochen gut! –

(Zuruf von der CSU)

Nur, ich frage mich: Wieso sind erst über Jahre Förderstunden gestrichen worden? Wieso hat man den Hauptschulen enorm viele Stunden weggenommen? Wieso sind die Anträge der SPD zur Förderung ausländischer Kinder in jeglicher Form von Ihnen jahrelang abgelehnt worden?

(Beifall bei der SPD)

Wieso haben Sie den Unterrichtsausfall eigentlich hingegenommen? Die Antwort kann doch nicht sein, dass wir jetzt in der Grundschule auch noch Orientierungsarbeit einführen und zusätzliche Hürden aufbauen. Wir wissen genau, dass Prüfungen, Tests und zusätzliche Hürden, mitnichten bessere Ergebnisse bringen. Die Studie zeigt uns eindeutig: Fördern, fördern und nochmals fördern – das ist das Gebot der Stunde, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist der Schuldige schon ausgemacht. Die Eltern sind auch schuld. – Sicherlich, Frau Hohlmeier, stehlen sich die Eltern sehr häufig aus ihrer Verantwortung. Sie kommen ihrem Erziehungsauftrag sehr häufig nicht nach. Daraus müssen wir überhaupt kein Hehl

machen. Sie können aber oftmals ihrem Erziehungsauftrag nicht nachkommen. Was tun Sie eigentlich dagegen? Es gab jahrelang die wunderbare Einrichtung der Erziehungsfreizeiten, gefördert durch den Freistaat Bayern. Die Wohlfahrtsverbände konnten damit wirklich positive Arbeit leisten. – Alles von Ihnen über Jahre hinweg gestrichen. Mit der Einrichtung von Elternschulen, wie sie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen kennt, ist in Bayern gar nicht erst begonnen worden, weil man den Eingriff des Staates in die Familie befürchtet hat. Von den langen Wartelisten bei den Beratungsstellen will ich überhaupt nicht sprechen.

Welche Konsequenzen müssen wir daraus ziehen? Das ist eigentlich alles nichts Neues. Wir haben in unserem Dringlichkeitsantrag die wichtigsten Punkte zusammengefasst:

Erstens muss die Unterrichtsqualität gesichert und es müssen endlich neue Unterrichtsformen – Gruppenunterricht, anwendungsorientierter Unterricht, praktisches Lernen – zugelassen werden, und zwar nicht nur punktuell an der einen oder anderen Schule. Mehr Zeit muss für Üben und Vertiefen zur Verfügung stehen.

Zweitens, Lehrerbildung. Die beschlossenen Reformen – Sie haben ja einige unserer Anträge angenommen – sind konsequent umzusetzen, Unterrichtsmethoden zu ändern. Fachwissen, Didaktik, Pädagogik und Praxiserfahrung müssen miteinander verknüpft werden. Die Lehrerfortbildung ist unerlässlich, und zwar nicht als freiwilliges Angebot, sondern verpflichtend für die Lehrerinnen und Lehrer. Dafür müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Drittens, Ganztagschulen. Die CSU hat in ihrem Antrag lapidar von der Einrichtung von Ganztagsangeboten zur besonderen Förderung gesprochen.

(Zuruf von der SPD: Es soll geprüft werden!)

Sie sagt nichts darüber, wann, wo und nach welchen Kriterien Schulen beantragen können, Ganztagschule zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Es wird nach Gutsherrenart verfahren. Die Rede ist von 30 Schulen bis zum Jahr 2006, und niemand weiß objektiv, wer sich bewerben kann und wie die Kriterien aussehen.

(Maget (SPD): Ganze 30!)

– Ja, ganze 30. – Für uns ist klar: Ganztagschulen müssen bayernweit, bedarfsgerecht und regional ausgewogen eingerichtet werden. Aber das wissen Sie alles, und Sie werden in nicht allzu ferner Zeit auch dahin kommen.

Viertens, Durchlässigkeit. Zwischen den einzelnen Schularten und den einzelnen Klassenstufen muss endlich Durchlässigkeit bestehen. Noch so viele Notenhürden werden für den Erfolg unserer Kinder nicht entscheidend sein. Ich sage es noch einmal: Misserfolge begründen sich auf nicht ausreichende Förderung.

Fünftens, Kindergärten. Der Kindergarten muss eine kindgerechte Bildungseinrichtung sein. Wir gehen aufgrund der Pisa-Studie so weit, dass wir sagen: Das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung muss kostenfrei und verpflichtend sein, wenn es uns ernst sein soll mit dem gerechten Ausgleich und mit der Chancengerechtigkeit.

Sechstens, das ist eigentlich schon aus der OECD-Studie von 1998 deutlich geworden: Wir brauchen mehr Schulautonomie und eine Stärkung der Schulen, Kompetenzen müssen verlagert, Bürokratie muss abgebaut werden. Zwar sind Sie uns mittlerweile in weiten Teilen gefolgt. Aber Sie müssen den Schulen auch ein ausreichendes Budget zur Verfügung stellen.

Sie können es sich eigentlich ganz einfach machen. Sie müssen nur den zwölf Empfehlungen des Forums Bildung der Kultusministerkonferenz zustimmen und sie umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen nichts Neues erfinden. Sie müssen nur endlich Ihre bildungspolitischen Ideologien ablegen.

(Kaul (CSU): Ausgerechnet ihr! – Zuruf von der CSU: Wer wohl?)

Sie müssen wie Herr Zehetmair diesen zwölf Empfehlungen zustimmen, die in aller erster Linie sozialdemokratische Forderungen sind.

(Kaul (CSU): Sozialistische Forderungen! – Zuruf von der CSU: Wollen wir nicht den Ländervergleich abwarten?)

– Ihr Zwischenruf ist so dumm, dass man gar nicht darauf antworten möchte. Es geht um die Zukunft unserer Kinder. Das wissen Sie genau.

(Beifall bei der SPD – Kaul (CSU): Warum tun Sie es dann?)

Eine abschließende Bemerkung zu Ihrem Antrag: Er geht in die richtige Richtung. Unser Antrag ist allerdings wesentlich konkreter. Sie sollten den zwölf Empfehlungen, die Herr Zehetmair befürwortet hat, folgen. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Als nächster Redner hat Herr Kollege Knauer das Wort.

Knauer (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war ja ganz schön, Sie, Frau Radermacher, hier wieder einmal zu schulpolitischen Themen sprechen zu hören. Es war aber schon bezeichnend, dass der erste Redner der größten Oppositionsfraktion nicht der schulpolitische Sprecher war, sondern jemand, der vor drei Jahren den schulpolitischen Ausschuss verlassen hat.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Zu welchem Zweck, Herr Knauer? Warum? – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, viele kennen nur erste Darstellungen dieser am 4. Dezember veröffentlichten OECD-Studie. Die Wenigsten haben sie selber gelesen; im Handel kommt sie offensichtlich erst nächste Woche heraus. Aber alle reden über sie und über das darin attestierte schlechte Abschneiden der bundesrepublikanischen Schulen zu den Vergleichsländern.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Die SPD hat die Pisa-Studie zum Inhalt der heutigen Aktuellen Stunde gemacht. Meine Damen und Herren, der Redebeitrag der Kollegin Radermacher hat uns wieder einmal aufzeigen sollen: Die SPD kann alles besser, sie weiß alles besser.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nur, meine Damen und Herren, es ist von ihr verschwiegen worden, dass dort,

(Frau Radermacher (SPD): Weshalb haben Sie denn alle unsere Anträge übernommen?)

wo die SPD an der Regierung ist, bei fast allen nationalen und internationalen Vergleichen die Schulergebnisse im Gegensatz zu den Ergebnissen Bayerns und Baden-Württembergs miserabel waren.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Weshalb haben Sie dann alle unsere Forderungen übernommen?)

Ich hätte mir gewünscht, Frau Kollegin Radermacher, dass man sich gerade bei uns sorgfältiger an die sicherlich in etlichen Punkten auch für das bayerische Schulwesen unerfreulichen Aussagen heranwagt und nach Wegen für noch bessere Startchancen unserer Schülerinnen und Schüler sucht.

Wir haben – ich hatte es ausgeführt – derzeit nur Aussagen und Analysen, die auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland bezogen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Erst in einigen Monaten werden auf breiter Datenbasis die Länderergebnisse vorliegen.

(Frau Radermacher (SPD): Da brauchen wir auch noch nicht darüber zu reden! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Fraktionsvorsitzender Dürr von den GRÜNEN, Sie sollten sich einmal von der Frau Kollegin Münzel darüber aufklären lassen, dass es das deutsche Schulsystem nicht gibt, sondern dass die Kulturhoheit bei den Ländern liegt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber vielleicht hat sich das bis zu Ihnen noch nicht herumgesprochen. Von daher sind Ihre Beiträge auch ein bisschen dürr.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, wenn die Ergebnisse auf Länderbasis vorliegen werden, dann ist der richtige Zeitpunkt für den Startschuss für deren Analyse.

Aber warum die SPD einen anderen Weg eingeschlagen hat, liegt deutlich auf der Hand: Sie will mit den bundesweiten Ergebnissen von den zu erwartenden schlechten Werten – wie das in der Vergangenheit immer der Fall war – in den von ihr regierten Ländern ablenken und kurzfristig daraus politisches Kapital schlagen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das steht ja noch gar nicht fest!)

– Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, es ist pikant, dass es Ihr SPD-Bundesvorstand war, der bei der Pisa-Studie von Anfang an darauf gedrängt hat, den Vergleich zwischen den deutschen Bundesländern unter den Tisch zu kehren.

(Frau Radermacher (SPD): Wie kommen Sie denn darauf?!)

Da hat offensichtlich die SPD gefürchtet, dass ihre Gesamtschulpolitik wie schon in der Tims-Studie ein bildungspolitisches Waterloo erlebt.

(Frau Radermacher (SPD): Wer hat Ihnen den Quatsch erzählt?)

Was Sie heute im Landtag versuchen, ist nichts anderes als ein Taschenspielertrick, der dem Ernst der Sache, der Verbesserung der Bildungschancen unserer Kinder, in keiner Weise gerecht wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für die CSU-Landtagsfraktion sichere ich heute zu, dass wir uns ausführlich mit den Ergebnissen der Pisa-Studie auseinandersetzen werden.

(Frau Radermacher (SPD): Das ist das Mindeste, was man erwarten kann! – Weitere Zurufe von der SPD)

Bayern muss wie jedes andere Land seine besondere Schulsituation gründlich analysieren.

(Frau Radermacher (SPD): Das ist ja großartig! Das ist eine Selbstverständlichkeit!)

um auf dieser Grundlage, Frau Kollegin Radermacher, ein differenziertes Programm zur Verbesserung seiner Bildungspolitik zu entwickeln, das der Komplexität der Ursachen für schlechte Schülerleistungen gerecht wird.

Mit Sorge haben wir natürlich auch zur Kenntnis genommen, dass unsere deutschen Schulkinder bei der Lesekompetenz gegenüber ihren Altersgenossen in den OECD-Ländern deutliche Mängel aufweisen; auch in Mathematik und in den Naturwissenschaften liegt der Mittelwert deutscher Schüler signifikant unter dem Durchschnitt.

Aber erste Warnungen gab es bereits durch die Ergebnisse der Tims-Studie. Die Frage, die wir uns heute zu stellen haben, ist:

(Zurufe von der SPD)

Hat man sich in Deutschland mit diesen Ergebnissen ernsthaft auseinandergesetzt, und war man bereit, hier auch Konsequenzen zu ziehen? – Ich glaube, für die bayerische Schulpolitik kann man dies mit einem klaren Ja beantworten. Wir haben in den letzten drei Jahren, liebe Frau Kollegin Radermacher – und wenn Sie dem Bildungsausschuss angehört hätten, wüssten Sie das auch –,

(Frau Radermacher (SPD): Dazu muss man nicht in dem Ausschuss sitzen!)

einen neuen Weg in der schulischen Bildung eingeschlagen. Viele Reformen wurden auch im Bayerischen Landtag beschlossen und eingeleitet.

(Frau Radermacher (SPD): Was wir lange gefordert hatten – habe ich ja gesagt!)

Ich erinnere an unsere Festlegung, dass bei allen künftigen Lehrplänen ein Freiraum von 30% der Unterrichtszeit für Wiederholung,

(Frau Radermacher (SPD): Alles unsere Forderungen!)

die Verknüpfung der Lerninhalte, für das Üben und für die Vertiefung eingeräumt werden soll. Deswegen ist es mir schleierhaft,

(Frau Radermacher (SPD): Habe ich gerade begrüßt! Sie haben nicht zugehört, Herr Knauer!)

weshalb Sie mit dieser ollen Kamelle heute noch einmal kommen und wir das noch einmal beschließen sollen.

(Zurufe von der SPD)

Der jüngst in Kraft getretene Lehrplan für die Grundschule wird allenthalben gelobt. Hier sind wir auf dem richtigen Weg. Der neue Lehrplan für die sechsstufige Realschule berücksichtigt diese Vorgabe ebenso wie der in Vorbereitung befindliche Lehrplan für unsere Gymnasien. Wir haben den Schulversuch für die Unter- und Mittelstufe der Gymnasien kritisch begleitet und die Einstündigkeit der Fächer abgeschafft. Wir haben eine Reform der Lehrerbildung hier im Plenum vor wenigen Monaten verabschiedet und werden sehr genau auf deren zeitgerechte Umsetzung achten.

Wir liegen damit auf einer Wellenlänge auch mit dem Hamburger Staatsrat und Pisa-Beauftragten der Kultusministerkonferenz, Hermann Lange. Im Gegensatz zu Ihnen von der SPD fordert er nicht in erster Linie die Ganztagschule. In einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 6. Dezember vertritt er die Ansicht: „Es wäre nichts gewonnen, wenn wir denselben Unterricht wie bisher veranstalten, nur jetzt über den ganzen Tag.“

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist vollkommen richtig! Ganz genau!)

Das zeigt Pisa, meine Damen und Herren,

(Frau Radermacher (SPD): Genauso ist es! – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Jetzt hat er „s kapiert!“)

und deswegen, meine Damen und Herren, haben wir uns aufgemacht nach den Ergebnissen der Tims-Studie. Pisa wird zeigen, wie weit sich der Abstand vergrößert hat zwischen der Leistungsfähigkeit der bayerischen Schulen und der Leistungsfähigkeit der Schulen im Norden.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hört, hört! Das merken wir uns!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben angekündigt, Sie werden sich bei unserem Antrag enthalten. Das können wir bei Ihrem Antrag leider nicht tun;

(Zuruf des Abgeordneten Güller (SPD))

denn, meine Damen und Herren, dass Sie in der ersten Zeile lapidar feststellen, dass der bayerische Unterricht schlecht ist und neue Unterrichtsmethoden endlich umgesetzt werden sollen,

(Frau Radermacher (SPD): Wo steht denn das?)

macht deutlich, wie weit Sie von der Realität weg sind.

Meine Damen und Herren, die Unterrichtsmethoden, die Sie hier anführen, waren schon Ziele im Unterricht,

(Frau Radermacher (SPD): Aber sie sind nicht umgesetzt!)

als Kollege Irlinger und ich als Lehrkräfte an die Schulen gekommen sind. Mit Ihrer Aussage heute, in 20 Jahren habe sich an unseren Schulen nichts getan,

(Zuruf von der SPD: Das ist doch nicht zu fassen! – Frau Radermacher (SPD): Wer hat denn das gesagt? – Weiterer Zuruf von der SPD: Viel hat sich nicht getan!)

stellen Sie unsere Lehrer in ein ganz, ganz schlechtes Licht.

(Zurufe von der SPD)

Sie treffen hier überhaupt nicht die Schulwirklichkeit.

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag enthält ein paar Dinge, die wir bereits beschlossen haben. Ihre Forderung nach mehr Durchlässigkeit zwischen den Schularten durch Wegfall der Notenhürden – und Frau Kollegin Radermacher, Sie haben es gerade noch einmal getan –, ist ein Relikt des gescheiterten Volksbegehrens und wird in der Masse von den Lehrkräften überhaupt nicht geteilt.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): In Bayern vielleicht nicht, aber in allen anderen Bundesländern!)

Die Forderung nach einem verpflichtenden und kostenfreien Kindergartenjahr ist familien- und finanzpolitisch so weitreichend, dass hierüber nicht in einem Hoppla-hopp-Verfahren entschieden werden kann.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie graben die Schulautonomie wieder aus. Ich habe noch Ihre Redebeiträge aus den vergangenen Jahren im Ohr. Ihnen geht es nicht um Mitwirkungsmöglichkeiten, Ihnen geht es um Autonomie im wahrsten Sinne des Wortes. Sie wollen, dass Schulen einen Teil der Unterrichtsinhalte selbst festlegen. Das entspricht zwar dem Geist der Achtundsechziger, aber überhaupt nicht den Notwendigkeiten einer mobilen Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Ach Gott, Herr Knauer!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich mit uns ganz gezielt, meinerwegen auch in einer Parlamentsdebatte, über die bayerische Schule dann zu unterhalten, wenn die länderspezifischen Ergebnisse vorliegen. Das ist der richtige Zeitpunkt, dann können wir konkret auch unsere Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren eingeleitet haben, auf den Prüfstand stellen. Wir sind und waren immer dazu bereit, die Leistungsfähigkeit unserer Schulen auch durch landeseinheitliche Tests zu überprüfen. Wir haben den Mut dazu. In anderen Ländern ist dieser Mut sehr gering.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Münzel.

Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Ergebnisse des weltweit größten Schülertests Pisa zeigen sehr deutlich, dass die Staatsregierung mit ihrer frühen Auslese und der Ablehnung der Ganztagschule bildungspolitisch auf dem Holzweg ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Pisa-Studie zeigt aber auch, dass wir GRÜNEN dagegen mit unserer Forderung „Selbst ist die Schule“, mit der Forderung, den Schulen die Entscheidung über ihre personellen und finanziellen Ressourcen zu überlassen,

(Willi Müller (CSU): Vielleicht ist Nordrhein-Westfalen auf dem Holzweg!)

goldrichtig liegen und lagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie Letzteres aussehen kann und wie erfolgreich dieses Konzept ist, konnte man am 6. Dezember in der „Zeit“ lesen, in der das Beispiel Schweden gebracht wurde, das zu den Ländern an der Spitze zählt. Darin wird eine Schulleiterin zitiert, die sagt: „Wir können entscheiden, ob wir mehr in die Lehrerfortbildung, in die Individualisierung des Unterrichts oder in eine neue Küche investieren.“ Hiervon sind wir noch weit entfernt; denn die CSU und die Staatsregierung haben lange geschlafen. Mittlerweile sprechen sie zwar von mehr Eigenständigkeit, aber richtig loslassen will die Staatsregierung die Schulen doch nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viel Kraft und Geld wurde dagegen mit der Einführung der sechsstufigen Realschule vergeudet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einführung der sechsstufigen Realschule war und bleibt ein Fehler. Dies zeigt sich gerade vor dem Hintergrund der Studie. Viel Geld wurde ausgegeben, übrigens bedenkenlos auch das Geld der Kommunen, um ein System zu verschärfen, das den Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern keine gerechten Bildungschancen einräumt, aber – das ist das Dramatische daran – auch nicht dazu geeignet ist, Spitzenleistungen zu fördern. Die R 6 mag zwar für sich gesehen ein Erfolg sein, wenn man als Erfolgsmaßstab die Anzahl der Schülerinnen und Schüler heranzieht, die in diese Schule gehen wollen – gesamtgesellschaftlich erweist sich die frühe Auslese aber als schädlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es nicht so traurig wäre, Frau Ministerin, fände ich es direkt witzig, dass im „Handelsblatt“ jetzt ein Artikel von Ihnen steht: Wir brauchen keine Systemfrage, sondern besseren Unterricht. Ich zitiere, Frau Ministerin: „Systemunterschiede können Unterschiede in der Schülerleistung nicht erklären. Ich sage klipp und klar: Strukturdebatten gehören der Vergangenheit an.“ Ich frage Sie, Frau Ministerin, warum Sie die sechsstufige Realschule durchgeboxt haben, wenn die sechsstufige Realschule und eine Änderung der Schulstruktur nicht zu einer Leistungsverbesserung, weder am unteren noch am oberen Ende, beitragen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Alarmsignale, dass in Bayern nicht alles rosig ist, gab es schon früher. Auch Herr Glück sieht dies so, wenn er sagt: Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass bei uns alles besser ist. Ein Blick in die Vergangenheit muss also schon gestattet sein. Erinnern Sie sich noch an den Bericht zur sozialen Lage in Bayern, den sogenannten

Armutsbericht? Erinnern Sie sich noch daran, dass der Bericht damals zurückgehalten wurde, weil der damalige Kultusminister Zehetmair nicht zulassen wollte, die Zustände in Bayern mit dem Begriff Bildungsarmut zu bezeichnen? Erinnern Sie sich noch daran, dass der einzige Beitrag der Staatsregierung aufgrund dieser Ergebnisse war, sich gegen den Begriff Bildungsarmut zu wehren? Erinnern Sie sich noch daran, dass alle damaligen parlamentarischen Initiativen, die Bildungsarmut in Bayern abzubauen, von eben dieser Staatsregierung abgelehnt wurden?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Weitere Alarmsignale kamen von der Tims-Studie. Auch in dieser Studie wurde deutlich, dass die Leistungen von Schülerinnen und Schülern aus Ländern, die ihre Kinder länger gemeinsam zur Schule gehen lassen, besser sind als die deutschen Schülerinnen und Schüler. Was machte die Staatsregierung? – Sie führte unverdrossen die R 6 ein und vergeudete Energie mit den ständigen Wiederholungen, dass die bayerischen Schülerinnen und Schüler besser seien als diejenigen anderer Bundesländer. Hat dies unseren bayerischen Schülerinnen und Schülern einen Deut weiter geholfen? – Nein. Die Staatsregierung hätte ihre Kraft in die Verbesserung der bildungspolitischen Situation stecken sollen, statt Abwehrkämpfe zu veranstalten.

Was macht jetzt Ministerpräsident Stoiber? – Er sieht die Ursache in den faulen Schülerinnen und Schülern. Ich frage Sie: Wer hat denn die Hausaufgaben nicht gemacht? Ministerpräsident Stoiber war es doch, der den Schülerinnen und Schülern nicht die Rahmenbedingungen gab, die diese brauchen, um Spitzenleistungen zu bringen und um herkunftsbedingte Nachteile auszugleichen. Den FC Bayern München lässt er doch auch nicht auf einem Bolzplatz spielen. Den Schulen aber hat er das Wasser abgegraben – ich nenne nur die Kienbaum-Maßnahmen. Was er jetzt noch sagt, finde ich geradezu infam und schäbig: Die große Zahl türkischer Schüler sei ein Grund für das schlechte Abschneiden. Unter den Schwächsten unserer Gesellschaft wird ein Sündenbock gesucht. Das ist schäbig und infam.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die Staatsregierung könnte etwas bewirken, wenn sie ihre ideologischen Scheuklappen und Vorurteile ablegen würde, zum Beispiel gegenüber der Ganztagschule. Mit der Billigvariante Ganztagsbetreuung, die allerdings den Kommunen teuer zu stehen kommt, bekommt die Staatsregierung die Kinder und Jugendlichen vielleicht von der Straße weg – das ist aber zu wenig. Wir brauchen die Ganztagschule, weil sie eine große pädagogische Chance bietet, die Qualität von Unterricht und Schule zu verbessern. Sie bietet hervorragende Gelegenheiten, pädagogische Konzepte anzuwenden, bei denen Wert auf Eigenständigkeit, die Entwicklung von Problemlösungskompetenzen und Kreativität gelegt wird. Dass dies kein Wunschdenken unsererseits ist, zeigt die Pisa-Studie deutlich auf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterlassen Sie zumindest alles, was die Auslesesituation noch weiter verschärfen wird. Manchmal kann man ja direkt froh sein, wenn die Staatsregierung einmal nichts tut. Lassen Sie die Finger von den geplanten landesweiten Orientierungsarbeiten in der Grundschule. Wenn das kommt, passiert nämlich Folgendes: Für diese Tests wird gepaukt, und Eltern, die Geld haben, bezahlen Nachhilfe, damit die Kinder bei den Tests gut abschneiden, während Kinder aus bildungsfernen Familien, die sich keine Nachhilfe leisten können, wieder einmal in die Röhre schauen. Geben Sie stattdessen die Stunden zurück, die Sie den Schülerinnen und Schülern in den vergangenen Jahren weggenommen haben, und tun Sie etwas für lernschwache Kinder. Diese sind doppelt benachteiligt: vom Elternhaus, das häufig bildungsfern ist, und von der Schule, die diese Defizite nicht ausgleicht, sondern durch die frühe Auslese noch verschärft. Jede Schule muss vor Ort über die richtigen Fördermaßnahmen entscheiden. Die Schulen brauchen Finanzen, die sie selber eigenverantwortlich dafür einsetzen können, ohne irgendwelche Richtlinien von oben zu erhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erkennen Sie als Schatz an unseren Schulen, was Sie bisher nur als Last empfunden haben: die Kinder von Migranten und Migrantinnen. Dort liegt ein großes Bildungspotenzial brach, vergleichbar mit den sprichwörtlichen katholischen Mädchen auf dem Land in den Sechzigerjahren. Reformieren Sie den muttersprachlichen Unterricht. Gestalten Sie ihn so, dass die Muttersprache gut gelernt wird. Mittlerweile wissen wir nämlich, dass das Beherrschen der Muttersprache wichtig ist, um eine Zweitsprache wirklich gut zu lernen. Bieten Sie den muttersprachlichen Unterricht nicht nur für Kinder aus den sogenannten Entsendestaaten an.

Zu guter Letzt: Unser Augenmerk muss vermehrt auf den Zeitraum vor der Schule gelenkt werden. Die Bedeutung des Kindergartens ist immens. Deshalb fordern wir ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr. Überlegungen müssen angestellt werden, wie die vorschulische Erziehung reformiert werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CSU, steigen Sie vom hohen Ross und legen Sie Ihre ideologischen Scheuklappen ab. Ziehen Sie die Konsequenzen aus der Pisa-Studie. Stellen Sie die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung.

Ihrem Dringlichkeitsantrag können wir nicht zustimmen, und zwar schon allein aufgrund eines Satzes. Sie schreiben: „Gleichwohl bestätigen die vorliegenden Daten, dass der in Bayern eingeschlagene schulpolitische Weg richtig ist ...“ Wir sind der Meinung: Der in Bayern eingeschlagene schulpolitische Weg ist und war nicht richtig.

Wir sind auch mit Ganztagsangeboten nicht zufrieden. Wir wollen Ganztagschulen. Viele Ihrer Forderungen, die Sie gestellt haben, gehen uns nicht weit genug. Deshalb können wir nicht zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Böhm: Das Wort hat Frau Staatsministerin Hohlmeier.

Frau Staatsministerin Hohlmeier (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Manches von dem, was ich gerade gehört habe, hat mich fast schon amüsiert. Frau Kollegin Münzel und Frau Kollegin Radermacher, ich kann dazu nur sagen: Wir sehen uns im Juli 2002 beim Ländervergleich wieder.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollten das Thema ernst nehmen!)

Auch die Tims-Studie war eine Studie der OECD und bezog sich auf die Mathematik und die Naturwissenschaften. Diese Studie hat gezeigt, dass das bayerische Schulwesen erheblich leistungsfähiger ist als das Schulwesen, für das Sie in den von Ihnen regierten Ländern lange Zeit die Verantwortung getragen haben und noch tragen. Ich möchte Ihnen jetzt etwas zu der Pisa-Studie und zur Tims-Studie sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Dr. Dürr, Sie sollten zunächst einmal zuhören und nicht immer reinschreien. Das gehört ebenfalls zu den Erziehungsdefiziten in unserer Gesellschaft. Um es klar zu sagen: Frau Kollegin Münzel, wenn Sie gerne eine Strukturdebatte haben wollen; können wir sie führen. Wir haben uns in der Kultusministerkonferenz zu Ihren Gunsten dafür entschieden, diese Debatte nicht zu führen, weil dies nicht zielführend wäre. Aus den Grafiken der Pisa-Studie geht jedoch hervor, dass die Gesamtschule in den rot-grün-regierten Ländern auf dem Niveau der Hauptschule Bayerns steht. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wurde früher stets vonseiten der SPD behauptet, dass die Gesamtschulen mehr Chancen und Möglichkeiten böten. Diese Schulen stehen nach der Pisa-Studie weit unterhalb der Realschulen und noch viel weiter unterhalb der Gymnasien.

Sie haben mir vorgeworfen, ich würde keine Strukturdebatte führen. Ich antworte: Ich kann gerne wieder Strukturdebatten führen. Diese Debatten haben wir aber bereits seit den Siebzigerjahren geführt. Ich weiß, dass in manchen Ländern Entscheidungen getroffen wurden, die nicht mehr zu ändern sind. Wir sollten deshalb schwerpunktmäßig über Maßnahmen diskutieren, die auch in den SPD-regierten Ländern umgesetzt werden können. Darauf haben wir uns in der Kultusministerkonferenz verständigt.

Ich möchte jetzt einzelne Punkte herausgreifen. Zunächst zu den ausländischen Schülerinnen und Schülern: Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten die deutsche

Sprache zu wenig gefördert. Ich halte das für einen Witz. Ich erinnere mich noch an Zeiten, in denen Sie von „Zwangsgermanisierung“, „Zwangsintegration“ und „Kulturvernichtung“ gesprochen haben, wenn wir ausländische Kinder und Jugendliche dazu zwingen würden, Deutsch zu lernen, falls ihre Eltern dies nicht wollten.

Frau Kollegin Radermacher, Ihre Aussage, wonach Förderkurse gestrichen worden seien, ist definitiv falsch. Wir haben Förderkurse ausgeweitet und nicht gestrichen.

(Frau Radermacher (SPD): Das stimmt überhaupt nicht!)

Der Inhalt Ihrer Aussage war definitiv falsch. Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion haben jedes Jahr mehr Geld für Förderkurse für das Fach Deutsch für ausländische Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt. Wir werden diese Förderkurse und das Konzept, das ursprünglich einmal deutschlandweit gegolten hat, umstellen. Wir werden künftig nicht mehr schwerpunktmäßig in Förderkurse investieren, sondern wollen mit diesem Geld erreichen, dass Kinder, die ohne Deutschkenntnisse oder nur mit geringen Deutschkenntnissen in die Regelschulen gehen, zunächst einmal Deutsch lernen. Erst dann sollten sie die Regelklassen besuchen. Dies wäre auch der Bildung dieser Kinder förderlicher.

Herr Kollege Irlinger, ich erinnere mich an Zeiten, in denen Sie diese Klassen noch als „Aussonderungsklassen“ und nicht als „Integrations- und Sprachlernförderungsklassen“ bezeichnet haben. Wir brauchen diese Klassenform. Wir können Jugendliche aus dem Ausland ohne Deutschkenntnisse nicht unmittelbar in Regelklassen geben, weil sie dort trotz größter Anstrengung der Lehrkräfte dem Unterricht nicht folgen könnten. Zunächst muss die deutsche Sprache gelernt und eine gewisse Sprachkompetenz im Deutschen erworben werden.

Frau Kollegin Radermacher, Sie haben gesagt, die Staatsregierung würde jetzt Eltern und Gesellschaft die Schuld an den Problemen geben.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Deutschen sind schuld!)

– Herr Kollege Dr. Dürr, hören Sie doch bitte einmal zu und plärren Sie nicht immer dazwischen. Frau Kollegin Radermacher, Sie haben behauptet, wir würden jetzt den Eltern die Schuld geben. Ich kann Ihnen dazu nur ganz nüchtern und trocken Folgendes sagen: In der OECD-Studie wurde festgestellt, dass die Disziplin der Schülerinnen und Schüler in Deutschland deutlich unterdurchschnittlich im Vergleich zu den übrigen Ländern der OECD ist. Ich möchte hinzufügen, in den Siebziger- und Achtzigerjahren waren Sie gegen jede Erziehung und gegen jede Wertorientierung. Sie waren für antiautoritäre Erziehung, für die Emanzipation der Kinder von den Eltern, und haben alle Institutionen in Frage gestellt. Sekundärtugenden haben Sie damals als Witz bezeichnet.

(Beifall bei der CSU)

Sie waren es doch, die zum Beispiel den Fleiß und Ähnliches hintangestellt haben.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Gott sei Dank! Nun haben wir endlich einen Schuldigen gefunden!)

Wir brauchen Leistungsorientierung und Anstrengungsbereitschaft. Allerdings ist die Disziplin der Schüler in den Ländern, in denen Sie bereits Ganztagschulen eingerichtet haben, auch nicht besser als in Bayern. Das bedeutet, ohne Eltern ist Disziplin nicht zu erreichen. Auch die Eltern müssen deshalb in die Pflicht genommen werden.

(Beifall bei der CSU)

Ohne Eltern sind Kinder nicht zu erziehen. Die Schule und der Staat können diese Aufgabe nicht allein leisten.

(Frau Radermacher (SPD): Wer sagt denn etwas anderes?)

Die Maßnahmen, die wir im Rahmen der inneren Schulentwicklung ergriffen haben, unterscheiden sich von den Maßnahmen, die Sie in den Siebziger- und Achtzigerjahren ergriffen haben. Sie haben damals nur über die Mitsprache diskutiert und über die Frage, wer wann wem etwas sagen darf. Außerdem haben Sie basisdemokratische Debatten bis zum Abwinken geführt. Uns geht es dagegen konkret um die Verantwortungsübernahme der Eltern, der Lehrer, und auch um die altersgemäße Verantwortungsübernahme der Schülerinnen und Schüler. Dies ist in einer modernen Gesellschaft notwendig.

Nun zur Qualität des Unterrichts: In der Pisa-Studie wurde festgestellt, dass wir mehr Leistungsorientierung an unseren Schulen brauchen. Sie wenden sich dagegen gleich wieder gegen Jahrgangsstufentests und Orientierungsarbeiten. Das ist einfach faszinierend. Orientierungsarbeiten haben nichts mit dem Übertritt zu tun. Bei den Orientierungsarbeiten in der zweiten und dritten Jahrgangsstufe geht es vielmehr um qualitative Standards im Unterricht. Das Lehrerkollegium soll durch diese Tests die Möglichkeit erhalten, die Stärken und Schwächen des Unterrichts sowie etwaige Probleme zu erkennen. Da die Orientierungsarbeiten nicht benotet werden, braucht kein Schüler dafür zu trainieren. Diese Arbeiten sind für den Übertritt nicht relevant. Ihre diesbezüglichen Aussagen sind deshalb fachlich falsch und unsinnig. Sie sollten aufhören, den Eltern Angst zu machen. Warten Sie ab, was die Eltern und Lehrkräfte unter Berücksichtigung fachlicher und pädagogischer Gesichtspunkte ausgearbeitet haben.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Münzel, in der Pisa-Studie hat die Autonomie eine eher negative Rolle gespielt. Autonome Schulen haben in der Pisa-Studie keine besseren Ergebnisse als hierarchisch strukturierte Schulsysteme aufgewiesen. Ich spreche hier nicht von den bayerischen Schulen, sondern von den Schulen in Japan, Korea usw. Gerade beim Vergleich mit Schweden müssen wir ganz deutlich auch die Fehler hervorheben, die dieses Land begangen hat. Schweden befindet sich bei dieser Studie

im oberen Viertel. Der Schwerpunkt der schulischen Förderung liegt dort aber ausschließlich auf den Fächern Schwedisch, Englisch und Mathematik. Fächer wie Musik, Kunst oder die Naturwissenschaften kommen dort deutlich zu kurz. In Schweden gibt es inzwischen zwei- bis dreijährige Vorbereitungskurse an den Universitäten. Das bedeutet: Die Ergebnisse dieser Studien sind nicht immer völlig vergleichbar oder bedürfen zum Teil einer gründlichen Analyse. Wir sollten aufhören, uns gegenseitig Vorwürfe zu machen. Vielmehr müssen wir die Ergebnisse dieser Studie analysieren und prüfen.

Das von uns eingebrachte Vier-Punkte-Programm entsprach dem, was wir aufgrund der inneren Schulentwicklungen und aufgrund der Ergebnisse der Tims-Studie in den letzten Jahren initiiert haben. Wir haben vereinbart, dass die Kultusministerkonferenz klarstellt, dass wir nicht erst seit dem Vorliegen der Pisa-Studie handeln, sondern bereits in den vergangenen Jahren, seit dem Vorliegen der Tims-Studie, gehandelt haben. Wir beginnen in Bayern nicht bei Adam und Eva. Die rot-grün-regierten Länder müssten geeignete Maßnahmen ergreifen, da dort der fachliche Standard erheblich niedriger als in Bayern ist.

Ich glaube, dass wir uns mit der Qualitätsverbesserung des Unterrichts leichter tun werden als rot-grün regierte Bundesländer, weil wir ein fachlich hohes Niveau haben und nur eine bessere Methodenkompetenz unserer Lehrkräfte erreichen müssen. Wer aber das fachliche Niveau und die Methoden gleichzeitig verändern muss, hat einiges aufzuholen. Das ist im Freistaat Bayern schlicht und einfach nicht notwendig.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann kommt das Thema Ganztagschule. Meine Güte, da kommen die alten Schablonen aus den Siebzigerjahren wieder! Wir haben schon in den Siebzigerjahren gehört, dass die Ganztagschule die bessere Schule ist. Das gibt die Pisa-Studie nicht her, weil in diese Studie Ganztagschulen sowohl im oberen Feld als auch ganz im unteren Feld stehen. Es kommt darauf an, was im Unterricht stattfindet, unabhängig davon, ob der ganztags oder halbtags erteilt wird.

(Frau Radermacher (SPD): Da meint sie die Gesamtschule!)

Wir werden allerdings aus sozialen Gründen – im Interesse der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und aus Gründen der sozialen Prävention Ganztagsangebote machen. Den letzten Unsinn möchte ich noch ausräumen; das Thema Selektion wird ja immer so schön gespielt. Die Pisa-Studie hat die Möglichkeiten unseres beruflichen Schulwesens für Hauptschüler und Realschüler überhaupt nicht analysiert und auch nicht berücksichtigt. Deshalb können Sie diese Argumente für die Pisa-Studie auch nicht in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der CSU – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn das der ganze Beitrag zur Pisa-Studie war!)

Präsident Böhm: Nun erteile ich Frau Kollegin Dr. Baumann das Wort.

Frau Dr. Baumann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte gefällt mir nicht sonderlich.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Stockinger (CSU))

Ich halte die Ergebnisse der Pisa-Studie für derart bedrückend und niederschmetternd, dass keine Auseinandersetzung geführt werden sollte, Frau Hohlmeier, wie Sie sie soeben begonnen haben. Das Argument kam auch gestern in der Münchner Runde von Ihnen und von niemand anderem, dass ideologische Grabenkriege der Siebziger- oder Sechzigerjahre geführt werden. Wer von uns macht das denn, bitte?

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Form der Aktuellen Stunde gewählt, um uns in kurzen Beiträgen darüber zu verständigen, dass die Lage bescheiden ist, um nicht ein ordinäres Wort im Landtag zu verwenden, und dass es wirklich an der Zeit ist, hier endlich etwas zu tun, und zwar möglichst gemeinsam. Die Testergebnisse der Pisa-Studie sind nicht neu; Ähnliches ergab auch schon die Tims-Studie. Die Leseverständnisstudie von Tims hatte null Konsequenzen, auch in Bayern keine Konsequenzen, auch nicht in anderen Bundesländern. Wir geben ja zu, dass es in anderen Bundesländern, in denen die SPD regiert, nicht unbedingt besser sein muss. Deswegen muss von den Vorschlägen des Forums Bildung etwas realisiert werden. Ich finde das Spiel traurig, dass in Berlin vom Forum Bildung Leitlinien verabschiedet werden, die man in Bayern nicht einmal liest. Ich finde es dem traurigen Ergebnis der Pisa-Studie, dass wir uns am Ende der Vergleichsskala befinden, einfach nicht angemessen, dass Sie uns ideologische Grabenkriege vorwerfen und uns in diese oder jene Ecke stellen.

Die Lage ist fatal, und Lösungen müssen gesucht und gefunden werden, und zwar möglichst bald und möglichst nicht auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler. Die Antwort auf die Tims-Studie bestand nach meiner persönlichen Statistik – ich bin nicht im Bildungsausschuss, sondern in einem anderen – darin, dass ein Kind, das in Bayern 1998 die Grundschule verlassen hat, ein ganzes Vierteljahr weniger Schulunterricht hatte als ein Kind, das 1991 die Grundschule nach vier Jahren, also nach gleicher Schulzeit verlassen hat.

(Knauer (CSU): Innerhalb von vier Jahren!)

– Innerhalb von vier Jahren war es ein Vierteljahr weniger Unterricht. Herr Knauer, das ist ein Vierteljahr weniger Bildung. Da wurde nicht nur die zweite oder dritte Religionsstunde in der zweiten Jahrgangsstufe gestrichen, sondern es wurde im grundlegenden Unterricht gekürzt, zum Beispiel im Fach Heimat- und Sachkunde. Das war ein Fehler.

Die Leseverständnisstudie von Tims hatte null Konsequenzen. Jahrgangstests einzuführen, kann eine Ant-

wort sein; das will ich durchaus zugestehen. Das kann zwar eine Qualitätskontrolle sein, aber das reicht nicht aus.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Nicht nur!)

Ich besuche derzeit am Abend viele Schulveranstaltungen in Bayern und höre von den Eltern, dass es jetzt mehr junge Lehrer an den Schulen gibt. Das Einstellungsprogramm macht sich bemerkbar. Warum sind die jungen Lehrer nach einem Jahr aber genauso fertig wie die alten? Warum sind sie nach einem Jahr an der Schule genauso müde wie die alten Lehrer, zwar nicht unbedingt lustlos, aber deprimiert?

(Frau Radermacher (SPD): Ausgebrannt!)

Liegt es an der Bürokratie, die ihnen kein Ausprobieren erlaubt? Liegt es an den Lehrerkollegen, die ihnen keinen projektbegleitenden Unterricht zugestehen wollen, weil man dafür mehr Stunden braucht? Woran liegt es? Das sollten wir gemeinsam untersuchen.

Wir haben aus Teil 2 und Teil 3 der Tims-Studie und aus der Pisa-Studie ganz eindeutig zu lernen, dass dort, wo der Zugang zur Bildung breit ist, wie in Finnland, Schweden, Dänemark und neuerdings auch in Italien, auch die Elite breiter und besser ist. Bei uns sind leider Zugang und Elite schlecht. Ich halte es für einen nicht guten, um nicht zu sagen falschen, Weg, den Zugang zur weiterführenden Bildung – das ist jetzt meine persönliche Ansicht – nach vier Jahren Grundschule zu regeln. Ich halte es auch nicht für richtig, nur einem bestimmten Teil der Schülerinnen und Schüler eine Hochschulbildung zugestehen, nämlich dadurch – davon wird heute Nachmittag noch die Rede sein –, dass Sie heute noch beschließen werden, Eingangstests für das Studium zu schaffen. Wir suchen aber nicht gleichzeitig anderswo nach Talenten. Man könnte vielleicht den Hochschulzugang gut bis sehr gut gebildeten Leuten öffnen, die aus der beruflichen Bildung hervorgehen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Nächster Redner ist Herr Kollege Nöth.

Nöth (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der Ergebnisse der Pisa-Studie sollten wir heute Nachmittag nicht etwas schönreden oder irgendetwas beiseite drücken, sondern wir müssen vielmehr all diese Aussagen sehr ernst nehmen, sorgfältig analysieren und auswerten. Wir sollten auch Geduld bewahren und abwarten, bis die letzten Untersuchungen der Pisa-Studie vorliegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir müssen uns darauf einigen, dass es auf die von der Studie aufgezeigten Mängel und auf die von ihr aufgeworfenen Fragen keine schnellen und vor allem keine einfachen Antworten und Lösungen gibt. Wir sollten die Vorschläge, die uns täglich, ja nahezu stündlich von den

Bildungsexperten momentan geliefert werden, sehr genau unter die Lupe nehmen und vor allem bedenken, dass unser Bildungssystem sehr komplex ist, sodass mit Schlagworten und Einzelmaßnahmen keine Lösung erreicht werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich glaube, dass wir trotz der bedrückenden Aussagen der Pisa-Studie in Bayern keine neuen Bildungskonzepte brauchen. Vielmehr müssen wir unser Bildungssystem insgesamt reformieren. Wir müssen unsere Finanzen – das sage ich auch ganz deutlich – in manchen Bereichen vielleicht etwas effizienter als bisher einsetzen. Wir müssen auch bereit sein, einmal über unliebsame Dinge nachzudenken.

(Hofmann (CSU): Über die Präsenzpflicht der Lehrer! – Frau Radermacher (SPD): Sagen Sie das doch einmal laut!)

In der Studie wurden viele Faktoren genannt, die mit der Leistung von Schülern in Verbindung gebracht werden können. Einen Faktor, den ich persönlich auch für wichtig halte, hat soeben die Ministerin angesprochen, nämlich die Schuldisziplin. Dieser Gesichtspunkt hat in den vergangenen Jahren in vielen Einrichtungen gewiss nicht den Stellenwert gehabt, der notwendig wäre, um ein hohes Leistungsniveau an unseren Schulen zu erreichen. Mich hat allerdings die Aussage bedenklich gestimmt, dass die Erwartungen unserer Lehrkräfte bezüglich eines angemessenen Leistungsniveaus unserer Schüler überwiegend gering sind.

Noch tiefer hat mich persönlich betroffen, dass das Interesse der Lehrkräfte für den Lernfortschritt des Einzelnen, verbunden mit der individuellen Unterstützung der Schüler beim Lernen, nach Aussage vieler Schüler vor allem im Gymnasium ebenfalls sehr gering ist.

(Hofmann (CSU): Sehr bedenklich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viele Themen wurden im Vorfeld angesprochen und aufgegriffen. Ich glaube, wir in Bayern brauchen uns nicht zu verstecken. Ich möchte ein Wort dazu sagen, was in den vergangenen Jahren aufgegriffen wurde und was unsere Fraktion zum Thema Lehrerbildung eingebracht hat. Unser Entschließungsantrag wurde vom Landtag beschlossen. Zwischenzeitlich fand eine Anhörung statt. Jetzt sollten wir im Lichte der Pisa-Studie die Lehrerbildungskonzepte noch einmal durchgehen, um die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Wir legen Wert darauf, dass die Professionalität unserer Lehrer im Vordergrund steht. Die Kompetenz zum zeitgemäßen und richtigen Unterrichten und Erziehen muss ebenso vorhanden sein wie die Kompetenz zur Diagnose und Förderung, genauso wie zur Beratung und zur Konfliktregelung. Im harten schulischen Alltag brauchen unsere Lehrkräfte ein gutes Handwerkszeug.

Ich möchte noch ansprechen, was mich während unserer vielen Gespräche an den Lehrerbildungsuniversitäten in Bayern betroffen gemacht hat. Sehr viele Lehr-

amtsstudenten haben sich beklagt, dass sie an den Universitäten das fünfte Rad am Wagen seien. Sie fühlen sich benachteiligt und nicht ernst genommen. Auch dies muss in ein Reformkonzept einfließen, damit Verbesserungen angestrebt werden können. Wir werden auch über die Angebote der Erziehungswissenschaft und der Fachdidaktik an den Universitäten zu reden haben.

Ich komme zum Schluss: Uns ist mit dieser Studie ein Spiegel vorgehalten worden. Das soll uns Anlass sein, im Interesse unserer Kinder über das eine oder andere nachzudenken und in Verantwortung die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Das Wort hat Frau Kollegin Werner-Muggendorfer.

Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich wollte zwar nicht Gefahr laufen, auf den Redner einzugehen, aber ich kann mir nicht verkneifen, zum Redebeitrag von Herrn Knauer zu sagen: Es ist vernünftig, dass er sich wegbewirbt, weil er bei der Bildungspolitik nicht mehr ganz auf der Höhe der Zeit ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Eykmann (CSU))

– Ich habe gesagt, ich könne verstehen, dass er sich wegbewirbt.

Das Thema eignet sich zu einer ernsthaften Diskussion, weil zum einen die Ergebnisse der Studie Sorge bereiten und es zum anderen wichtig ist, den Familien klarzumachen, was das Ergebnis für sie bedeutet. Interessant ist die Fragestellung, ob die Erforschung überraschend war und ob unbekannt gewesen ist, was erforscht wurde.

Es gab die OECD-Studie, es gab die Tims-Studie, und es gab in Bayern den Sozialbericht 1998. Wahrscheinlich wurde er nicht eingehend genug gelesen; denn sonst hätte man viel von dem wissen können, was in der Pisa-Studie steht. Man hätte es früher wissen und darauf reagieren können. Anscheinend nimmt die Staatsregierung ihre eigenen Berichte nicht ernst. Wenn ich den Redebeitrag von Frau Staatsministerin Hohlmeier richtig verstanden habe, so ist in Bayern alles in Ordnung, bestens und richtig. Ich kann mich mit dem Ergebnis der Studie nicht zufrieden geben. Dort ist zu lesen – das ist das Schlimmste am Ergebnis –, dass es nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern abhängt, ob ein Kind etwas lernen darf und kann. Das ist skandalös.

(Beifall bei der SPD)

Es erinnert mich an meine Schulzeit. Damals konnte man als Bauernkind nichts lernen, weil die Eltern nicht das nötige Geld hatten.

(Freiherr von Rotenhan (CSU): Wir sind doch nicht im Mittelalter!)

– Herr von Rotenhan, das ist Mittelalter; denn nur wenn die Eltern die Nachhilfe oder den Internatsbesuch zahlen können, ist alles Paletti. Wer dies nicht kann, muss schauen, wo sein Kind bleibt. Das darf nicht hingenommen werden. Das ist die schlimmste Erkenntnis aus der Pisa-Studie.

(Kupka (CSU): Das Lesen hängt nicht vom Geldbeutel der Eltern ab!)

– Natürlich hängt der Erwerb von Büchern vom Geldbeutel ab.

Aus der Pisa-Studie wird außerdem deutlich, dass die Schultypen die Barrieren aufstellen. Vor allem für Bayern trifft Folgendes zu: Wer einmal in einer bestimmten Schublade steckt, kommt nicht mehr heraus. Das muss geändert werden; und das können wir in Bayern sehr wohl ändern.

Ernüchternd ist außerdem, dass der gesellschaftliche Aufstieg nicht mehr durch Bildung möglich sei. Dieses Fazit muss man ziehen, wenn man die Konsequenzen der Studie betrachtet. Damit können sich Sozialdemokraten nicht zufrieden geben.

Mich erinnert das Ergebnis an das Mittelalter. Damals sagte der Fürst zum Pfarrer: Ich halte die Leute arm, und du hältst sie blöd. Ich meine, dass wir mit unserer Zukunft so nicht umgehen können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Freiherr von Rotenhan (CSU): Da klatschen nicht einmal Ihre eigenen Leute!)

– Das Problem besteht darin, dass ich in Dialekt gesprochen habe. Sie haben Recht, ich sollte Hochdeutsch sprechen.

Ich möchte auf ein weiteres wichtiges Thema hinweisen. Es ist die vorschulische Erziehung und Bildung. Frau Kollegin Münzel und weitere Vorrednerinnen haben das Thema bereits angesprochen. Die Studie macht deutlich, dass die Weichen für Bildungs- und Lebenschancen in den ersten Lebensjahren gestellt werden. Das müssen wir aufgreifen. Hier müssen wir viel mehr tun. Wir müssen das Vorschulalter und die Einschulungsphase weitaus wichtiger als bisher nehmen und uns etwas einfallen lassen. Ich schließe mich der Forscherin Elschenbroich an, die gesagt hat, dass der Schatz der frühen Kindheit in dieser Republik verkomme. Wenn wir die Bildung in der frühen Kindheit nicht ernst nehmen, werden wir die Zeit, in der die größten Schritte in der Entwicklung des Kindes gemacht werden, nicht nutzen. Die Pisa-Studie zeigt das.

Außerdem sollten wir die Einschulungsphase ernster nehmen, das Scharnier zwischen Kindergarten und Schule ölen und das eine oder andere besser pflegen. Die Verzahnung zwischen Kindergarten und Schule muss wesentlich besser werden. Das letzte Kindergartenjahr muss – diese Forderung möchte ich noch einmal erheben – kostenfrei und verpflichtend für alle Kinder werden.

In einer Überschrift hieß es, die deutschen Kinder – und auch die bayerischen – seien faul und dumm. Ich meine, sie sind nicht faul, und sie sind nicht dumm. Sie werden von unserem Schulsystem aber nicht zukunftsfähig gemacht. Das muss geändert werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Kollege Siblinger.

Siblinger (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir in Bayern haben mit großer Betroffenheit die Zahlen der Pisa-Studie zur Kenntnis genommen. Auf die Studie gab es viele Reaktionen, und auch die Leserbriefseiten der Zeitungen waren voll davon. Die Sorgen draußen, die Sorgen hier und die Bedenken der Frau Staatsministerin Hohlmeier – Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, Sie haben sie falsch verstanden – sind bereits vorgetragen worden.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass der Ländervergleich zur Studie noch nicht vorliegt. Deshalb eignet sich das Thema nicht für parteipolitische und ideologische Auseinandersetzungen. Bisher ergaben die veröffentlichten Reaktionen noch wenig Neues. Alte bildungspolitische Forderungen nach Orientierungsstufen und vielem mehr wurden aufgegriffen und zum Teil als Universallösung oder Heilsbringer dargestellt.

Ich möchte das, was Herr Kollege Nöth aufgegriffen hat, unterstreichen. Ich denke, dass jetzt eine Phase der Ruhe und Analyse gefordert ist, um anschließend Konsequenzen ableiten zu können.

Natürlich wurde auch die Frage nach der Ganztagschule und Ganztagsangeboten gestellt. Staatsregierung und Mehrheitsfraktion haben ihre Hausaufgaben gemacht. Es stehen 600 Millionen DM für Betreuungsangebote als Regelform zur Verfügung. In Ausnahmefällen soll es auch Ganztageschulen geben. Dieses Programm beginnt am 01.01.2002.

Warum haben wir uns für die Betreuungsangebote entschieden? – Es gibt genug Eltern, die auch am Nachmittag ihre Kinder zu Hause haben und dort erziehen wollen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Aspekt der Jugendarbeit verweisen, die sicherlich nicht einfacher wird, wenn die Kinder am Nachmittag noch in der Schule sein werden und nicht mehr in die Gruppenstunden der Landjugend, der Feuerwehr oder zum Training des Fußballvereins gehen können.

Meine Damen und Herren der Opposition, geben Sie diesen Modellen und Initiativen die notwendige Zeit zur Entwicklung. Geben Sie die Zeit, um Kooperationen zwischen den einzelnen Schulen, zwischen den Grundschulen und den Hauptschulen, zwischen den Hauptschulen und den Realschulen, zwischen den Förderschulen und den Berufsschulen, zwischen den weiterführenden Schulen und den Institutionen der Jugendarbeit, die auch ihre Möglichkeiten zur Mitgestaltung haben, entstehen zu lassen. Lassen Sie die Möglichkeiten vor Ort wachsen. Geben Sie diese Zeit. Ziel ist es, kreative Lösungen nach den individuellen Möglichkeiten vor Ort

zu finden. Wir möchten, dass sich jede Gemeinde den Anzug schneiden kann, der ihr passt.

Ich habe festgestellt, Frau Radermacher, dass die Kommunen durchaus wissen, wo sie Anträge stellen können und welche Möglichkeiten es gibt. Alle wissen es, nur die SPD anscheinend nicht.

Wichtig scheint mir zu sein, dass das Lesen im Unterricht und durch positives Vorleben im Elternhaus gefördert wird.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Förderung der Gesprächskultur.

Die medienpädagogischen Schwerpunkte in der Schule sind weiter zu betonen. Auch die Erwachsenenbildung ist einzubeziehen. Wir sollten zumindest versuchen, den Fernseher als Miterzieher wieder etwas zurückzudrängen. Hier ist ein Miteinander von Schule und Elternhaus gefordert.

Besonders deprimierend in der Pisa-Studie war für mich, dass gerade in Deutschland der Zugang zu Computern zwar sehr groß ist, aber diese Computer in der Regel für Computerspiele genutzt werden. Auch daraus müssen Konsequenzen gezogen werden.

Lassen Sie mich abschließend aus einem Artikel des „Spiegel“ zitieren, der auf die japanischen Schulen eingeht, die besonders gut abgeschnitten haben. Im „Spiegel“ heißt es:

Schließlich vermissen in- und ausländische Experten an den vielfach gerühmten japanischen Musterschülern etwas Entscheidendes: die Mangelware in den Klassenzimmern, die Kreativität.

Allein dieser Satz zeigt, dass die Pisa-Studie eingehend analysiert werden muss. In der Studie haben einige Schulsysteme gut abgeschnitten, die das gesamte Hohe Haus wohl nicht als Vorbildlich betrachten will. Ich denke, dass wir auch ein Stück weit den Blick nach Skandinavien richten müssen und die Dinge aufgreifen sollten, die dort besonders positiv sind und die Optimierung unseres Schulsystems weiterbringen können.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Kollege Hartenstein.

Hartenstein (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nie ist Wissen schneller veraltet und kontinuierliches Hinzulernen wichtiger gewesen, haben Schlüsselqualifikationen eine größere Bedeutung gehabt, waren mehr Schülerinnen und Schüler durch familiäre Probleme belastet, gab es einen höheren Anteil an Schülern in den Klassen, die die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschten, haben mehr Kinder Furcht vor der Schule gehabt und sich den hohen Anforderun-

gen verweigert, lähmte die Angst vor dem Arbeitsmarkt insbesondere in den höheren Jahrgangsstufen die Lust an der Gestaltung des eigenen Lebensentwurfs, war also seitens der Lehrerinnen und Lehrer wohl überlegtes Vorgehen im Unterricht und gefühlsvolles Eingehen auf Kinder und Jugendliche stärker gefragt als in den letzten Jahren. Dennoch ließen es die Länderregierungen bundesweit zu, dass sich die Rahmenbedingungen für Unterricht und Erziehung an den Schulen zunehmend verschlechterten. Die Schülerzahlen innerhalb der Klassen stiegen wieder an, die Stundentafeln wurden teilweise gekürzt, bestimmter Förderunterricht sowie die Arbeitsgemeinschaften wurden gestrichen, das Stundendeputat der Lehrerinnen und Lehrer wurde erhöht. Und das geschah, obwohl gleichzeitig Hunderte, ja Tausende gut ausgebildeter Junglehrerinnen und Junglehrer ohne Job auf der Straße standen.

Jetzt, meine Damen und Herren, wundert man sich, dass das Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler einer bestimmten Jahrgangsstufe in der Bundesrepublik im Vergleich zur entsprechenden Jahrgangsstufe in anderen OECD-Staaten nur noch unterdurchschnittlich ist. Da kann man nur sagen: Entweder gaukelt sich der eine oder andere etwas vor, oder er bzw. sie hat in den letzten Jahren schulpolitisch geschlafen. Spätestens seit Vorliegen der Tims-Studie und des Berichts zur sozialen Lage war nämlich klar erkennbar, in welche Richtung die Entwicklung ohne ausreichendes Gegensteuern laufen wird. Die vor wenigen Tagen vorgelegten Ergebnisse der Pisa-Studie bestätigen insofern lediglich den seit Jahren erkennbaren Trend.

Fast 23% der Jugendlichen sind bei uns nur noch fähig, auf einem elementaren Niveau zu lesen. Große Defizite ergeben sich hinsichtlich der Fähigkeit, zu reflektieren und zu bewerten. Bezüglich der mathematischen Grundbildung muss bei uns ein Viertel der Fünfzehnjährigen als Risikogruppe eingestuft werden. Ihre Kenntnisse reichen nicht mehr für eine erfolgreiche Bewältigung einer Berufsausbildung aus. Nicht einmal die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler kann Aufgaben, die zum curricularen Standard gehören, mit ausreichender Sicherheit lösen. Die Zahl derjenigen, die selbstständig mathematisch argumentieren und reflektieren können, ist äußerst klein. 26,3% der Schülerinnen und Schüler befinden sich in Deutschland auf dem untersten Niveau einer naturwissenschaftlichen Grundbildung, und lediglich 3,4% erreichen das Niveau auf der Basis eines Denkens mit Modellen.

Besonders erschreckend aus meiner Sicht ist, dass ein Drittel der in Deutschland erfassten Schülerinnen und Schüler der untersuchten Altersstufe eine Schullaufbahn hinter sich hat, die durch Misserfolgserlebnisse gekennzeichnet ist,

(Kupka (CSU): Wer ist schuld daran?)

und dass von den fünfzehnjährigen Schülerinnen und Schülern im Gymnasium nur noch 10% aus Familien von ungelernten und angelernten Arbeitern stammen.

Das Fazit der Autoren dieser Studie: Offensichtlich gelingt es in Deutschland nicht, die schwachen Schüle-

rinnen und Schüler zu fördern, gleichzeitig ist aber eine ausgeprägte Elite nicht erkennbar.

Trotz dieser Erkenntnisse gibt es meines Erachtens keinen Anlass für panische Reaktionen, wohl aber für überlegtes Handeln. Panik ist nicht angezeigt, weil die Ergebnisse der Länder im Mittelfeld so dicht beieinander liegen, dass allein Messwertfehler oder Tagesformen Verschiebungen um zahlreiche Ranglistenplätze ergeben können.

Überlegtes Handeln ist erforderlich, da unzweifelhaft einige Schwachstellen in unserem Schulsystem aufgezeigt werden. Dabei sollten alte Grabenkämpfe nicht wieder aufflackern können. Es geht höchstwahrscheinlich nicht so sehr um die Frage: Halbtagsschule mit Betreuungsangebot oder Ganztagschule, dreiegegliedertes Schulsystem oder Gesamtschule? Es geht vielmehr um die Fragen: Welchen Stellenwert ordnen wir Bildung und Erziehung in der Gesellschaft zu? Unter welchen Rahmenbedingungen können sich Bildung und Erziehung entfalten? Wie werden unsere Lehrkräfte auf ihre wichtige Arbeit vorbereitet? Welche Lerninhalte werden den Schülerinnen und Schülern schwerpunktmäßig angeboten? Wie wird der Unterricht gestaltet? Welche Bedeutung ordnen wir den musisch-künstlerischen Fächern zu? Welche Freiräume lassen wir neben den Leistungsanforderungen?

Lassen Sie mich aus zeitlichen Gründen nur wenige Aspekte ansprechen. Es muss künftig im Unterricht stärker gehen um: die besondere Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler, die Steigerung der Konzentrationsfähigkeit und der Ausdauer, die Vermittlung selbstständigen und kooperativen Lernens, das Entwickeln von Abstraktionsvermögen und problemlösendem Denken, die Schärfung der Reflexionsfähigkeit und die Orientierung der Lerninhalte an praktischen Beispielen.

Vergessen wir dabei jedoch nicht: die Förderung der Eigeninitiative und der Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, der Toleranz gegenüber Andersdenkenden – –

Präsident Böhm: Herr Kollege, jetzt haben Sie die Redezeit schon erheblich überzogen.

Hartenstein (fraktionslos): – Ich bin sofort fertig, Herr Präsident, nur noch diesen einen Satz. Vergessen wir auch nicht die Förderung der Solidarität mit den Armen und Schwachen, das Erwecken von Zivilcourage und die Förderung der Kreativität und ästhetischer Fähigkeiten. Es geht um die volle Entfaltung der Persönlichkeit der jungen Menschen in unserem Land, nicht um das ausschließliche Zuschneiden auf den künftigen Wirtschaftsmarkt.

(Beifall der Frau Abgeordneten Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Böhm: Das Wort hat Kollege Schneider.

Siegfried Schneider (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte heute zeigt sehr eindringlich, dass wir keine voreiligen Schlüsse ziehen sollten. Die Ergebnisse der Studie sind ernst, und es wird eine Zeitlang dauern, bis diese Ergebnisse richtig analysiert sind und bis uns auch die Ergebnisse des innerdeutschen Vergleichs vorliegen, um dann das bayerische Schulsystem auf den Prüfstand zu stellen, wenn es notwendig sein sollte.

Wie gesagt: Es gibt kein deutsches Bildungssystem. Deshalb ist sehr gefährlich, sich hinzustellen und zu sagen: Dies und Jenes muss geändert werden. Das zeigen die Äußerungen der Kultusminister aus den verschiedenen Ländern. Ein paar Anmerkungen dazu: Die schleswig-holsteinische Kultusministerin spricht davon, dass wir keinen neuen Grabenkrieg über die richtige Schulform führen sollen. Der Kultusminister aus Mecklenburg-Vorpommern sagt: Um die Leistungsbereitschaft der Schüler zu verbessern, werden sie die Versetzungsordnung verschärfen. Die Mitglieder der SPD-Fraktion dürfen sich ruhig einmal anhören, wie die SPD in anderen Bundesländern reagiert. Frau Behler aus Nordrhein-Westfalen sagt, es werde mindestens zehn bis fünfzehn Jahre dauern, bis grundlegende Änderungen in Nordrhein-Westfalen greifen werden. In Niedersachsen wird die Abschaffung der Orientierungsstufe als das notwendige Mittel angesehen. Das ist ein vielstimmiger Chor.

Alle Vergleichsstudien haben das Problem, dass man auch den kulturellen Hintergrund betrachten muss. Kollege Sibler hat auf die Situation in Japan hingewiesen. Wir waren in Korea und haben uns das Bildungssystem dort angesehen. Es ist sicher nicht unser Ziel, die Schule in Bayern so zu gestalten wie in Korea: Ganztagsunterricht bis 16.00 Uhr, anschließend bis 20.00 Uhr die Privatschule, anschließend das Schulfernsehen, anschließend die Hausaufgaben, und die Eltern schicken die Kinder gegen 2.00 Uhr in der Früh ins Bett. Es gibt in Korea das Sprichwort: Wer länger als fünf Stunden schläft, der verschläft seine Zukunft. Auch das muss man wissen, und diesen kulturellen Hintergrund muss man sehen, bevor man Vergleiche zieht und sagt, wir wollen auch dort hinkommen.

Frau Dr. Baumann, Sie haben die Kürzungen in der Grundschule angesprochen. Diese Kürzungen haben wehgetan. Wir dürfen aber feststellen, dass Bayern in Deutschland trotz der Kürzungen den meisten Unterricht in den Grundschulen gibt, mit großem Abstand vor den anderen Bundesländern. Wir sind dabei, diese Stunden wieder zurückzugeben. Eine kleine Anmerkung dazu: Die Tims-Studie oder jetzt die Pisa-Studie haben keinen Zusammenhang zwischen dem Stundenumfang und der Lernleistung gesehen, sondern haben sich vielmehr auf die Form des Unterrichts beschränkt.

Frau Kollegin Münzel hat als Beispiel das Bildungssystem in Schweden angesprochen, an dem wir uns orientieren sollen. Dort gibt es viele andere Strukturen als bei uns; die Lehrerauswahl liegt dort bei der Schule. Für Lehrer besteht dort bis 16.00 Uhr Präsenzpflicht an der Schule. Die Schulleitung bestimmt selbst über die Besoldung der Lehrer. Dort gibt es zwischen den Schulen Besoldungsunterschiede von bis zu 50%. Diese Aspekte

muss man sehen. Es stellt sich die Frage, ob man dieses System Eins zu Eins auf Bayern übertragen will.

In den skandinavischen Ländern gibt es strikte Einschulungsregeln. Wer die Sprache nicht beherrscht, wird nicht eingeschult. Auf dieses Thema hat die Frau Staatsministerin bereits hingewiesen.

Die Stichworte autonome Schule bzw. mehr Eigenverantwortung in der Schule: Ich denke, mehr Eigenverantwortung wird dann funktionieren, wenn klare Mindeststandards vorgegeben sind und wenn der Staat dafür sorgt, dass diese Mindeststandards eingehalten werden.

Frau Kollegin Münzel, ich werfe noch einen Blick auf Schweden. Dort gibt es Tests und Orientierungsarbeiten, die nach der zweiten, nach der fünften und nach der neunten Klasse vorgegeben werden.

(Irlinger (SPD): Das ist freiwillig!)

Dort wird die externe Evaluation betrieben, damit die Mindeststandards und die Qualität eingehalten werden können.

Entscheidend ist, dass wir über die Lern- und Leistungskultur nachdenken, dass wir Leistungsmessung vielleicht in einem noch stärkeren Umfang nutzen, um mehr Leistungsentwicklung zu fördern. Alle diese Studien – ob Pisa oder Tims – haben ergeben, dass Leistungsunterschiede auf dem Unterricht beruhen, dass sie im Elternhaus liegen, dass sie in der Bereitschaft zur Anstrengung und Ausdauer begründet sind, dass sie in der Qualitätserwartung und -sicherung einen Ursprung haben und letztendlich die gesellschaftliche Wertschätzung des schulischen Lernens ganz entscheidend ist.

Zum Abschluss noch ein Zitat, das Dr. Baumert zur Tims-Studie vorgetragen hat:

So zeigt der internationale Vergleich, dass die Organisationsstruktur von Schulsystemen und die mathematischen Leistungsergebnisse praktisch unabhängig voneinander variieren. Ob ein Schulsystem zentral oder dezentral verwaltet wird, ob es Ganz- oder die Halbtagschule präferiert, ob es gegliedert oder integriert organisiert ist, hat offenbar für die Ertragslage des Unterrichts keine eigenständige Bedeutung. Sich mit diesen Befunden anzufreunden, fällt insbesondere manchen Vertretern –

Präsident Böhm: Herr Kollege Schneider, die Zeit ist eigentlich abgelaufen.

Siegfried Schneider (CSU): – Ich wollte den Satz nur fertig lesen, weil es ein Zitat ist, sonst hätte ich schon eher geschlossen. Ich wollte das Zitat nicht verstümmelt stehen lassen.

Sich mit diesen Befunden anzufreunden, fällt insbesondere manchen Vertretern der ideologischen Grabenkämpfe der vergangenen Jahre schwer.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Jetzt hat Kollege Dr. Schuhmann das Wort.

Dr. Schuhmann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nach der schon fortgeschrittenen Debatte möchte ich mich ausdrücklich bei Kollegem Nöth und bei Kollegem Schneider bedanken, weil in deren Redebeiträgen ernsthafte Ansätze einer Auseinandersetzung mit der Pisa-Studie zu finden sind. Wir beabsichtigen mit dieser Aktuellen Stunde, dass wir gemeinsam darüber nachdenken, was die erschreckenden Ergebnisse der Pisa-Studie für uns bedeuten und wie wir darauf reagieren können.

Zum Beitrag von Kollegem Knauer brauche ich nicht viel zu sagen. Das übliche Ritual, zu sagen, wir Bayern sind die Besten – auch wenn er vorher sagt, er hat es noch gar nicht gelesen, aber er weiß das schon – funktioniert hier nicht. Er spricht von Taschenspielertricks. Das ist einfach zu billig.

Von Ihnen, Frau Staatsministerin, hätte ich mir gewünscht, dass Sie hier im Bayerischen Landtag ähnlich gesprochen hätten wie in den letzten Tagen. Ich habe zu Kollegen der Lehrerverbände jeweils gesagt: Respekt, darin sind Ansätze enthalten, die nach vorne zeigen; die Frau Ministerin ist sich nicht zu schade dafür, an die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen zu appellieren, der Staatsregierung zu helfen, weil sie auch kein Patentrezept hat. Das waren ganz neue Töne. Die Frau Staatsministerin spricht von Autonomie und von der Eigenverantwortlichkeit der Schule. Sie sagt, wir wollen nicht alles über einen Kamm scheren. Das alles waren Dinge, die mir völlig neu waren und die ich begrüßt habe.

(Beifall bei der SPD)

Sie kommen jetzt hierher und beginnen wieder mit dem Ritual, das wir zur Genüge kennen: Sie stellen sich hin – auch das ist nicht mehr neu – und sagen, sie seien amüsiert. Zum Amüsieren sind die Pisa-Studie und die Aktuelle Stunde nicht. Sie machen es sich zu einfach, verehrte Frau Ministerin.

Sie haben im Hinblick auf die Lehrerbildung Entwicklungen in Gang gebracht, die wir weiterverfolgen müssen. Alle, die wir im Parlament Verantwortung tragen, müssen irgendwann einmal etwas tun, damit nicht weiter ein falsches Lehrerbild verbreitet wird, sondern damit eine professionelle Personalgewinnung ermöglicht wird. Wir dürfen den Lehrerberuf – und hier schließe ich Politiker aus meiner eigenen Partei durchaus mit ein – nicht immer nur als den bestbezahlten Halbtagsjob mit Ferienanspruch bezeichnen. Wir müssen auch einmal ernsthaft darüber reden, welche Leistungen von unseren Lehrern verlangt werden. Einerseits sollen sie Wissenschaftler sein, weil sie sachkompetent sein müssen. Andererseits müssen sie begnadete Vereinfacher sein, damit auch der Zehnjährige den Stoff schon verstehen kann. Dann müssen sie Entertainer sein; denn der Unterricht darf ja nicht langweilig sein. Weiter müssen sie Dompteur oder Dompteuse sein, und dann brauchen sie das nötige Sitzfleisch, um zu korrigieren. Wir sollten an dem Lehrerbild, das in der Öffentlichkeit besteht, etwas ändern. Es ist

immer ganz einfach, über die Beamten im Allgemeinen und die Lehrerinnen und Lehrer im Besonderen zu schimpfen, damit ist der Beifall immer sicher. Hier ist etwas zu tun.

Frau Staatsministerin, der scheidende Präsident des Philologenverbandes hat in Ihrem Beisein – vielleicht konnte er jetzt ein bisschen deutlicher werden, weil er nicht mehr kandidiert hat – zur Lehrerbildung Folgendes gesagt:

Mit der Verbesserung des Lehrerbildes muss an den Universitäten angefangen werden.

Kollege Nöth hat schon das unterprivilegierte Dasein der Lehramtsstudentinnen und -studenten an den Universitäten angesprochen. Wörtlich hat der Präsident des Philologenverbandes damals gesagt:

Didaktiklehrstühle wurden vielfach einfach umgewidmet. Vorlesungsfolgen orientieren sich thematisch mehr an den individuellen Bedürfnissen des Professors als an den Erfordernissen der Prüfungsordnung. Der Praxisbezug mancher Didaktiker liegt Jahrzehnte zurück.

Dies hat Herr Rupp öffentlich erklärt, und hieraus bitte ich die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Darüber hinaus hat er auch das allgemeine Problem angesprochen, dass wir für die Kinder im Kindergartenalter in der letzten Zeit wirklich viel getan haben, dass aber bei der Altersgruppe, auf welche die Pisa-Studie hauptsächlich zutrifft, das große Defizit besteht. Wörtlich hat Herr Rupp dazu gesagt:

Vor allem in der Pädagogik werden Fragen der Adoleszenz, die für uns Gymnasiallehrer und für das berufliche Schulwesen so wichtig sind, konsequent zugunsten der eingehend erforschten Frühkindlichkeit ausgeblendet.

Auch hier besteht Handlungsbedarf. Ich darf Sie darum bitten, über diese Probleme ernsthaft nachzudenken.

Als ein Mitglied des Hochschulausschusses darf ich sagen, dass es aus der Sicht des Gymnasiums äußerst kontraproduktiv ist, wenn ausgerechnet jetzt – beim Philologenverband haben Sie ganz anders gesprochen – von den Kollegen der CSU die Einführung von Hochschuleingangsprüfungen gefordert wird. Man weigert sich sogar, dafür einen allgemeinen Kriterienkatalog aufzustellen, damit eine gewisse Chancengerechtigkeit gegeben ist. Ich prophezeie Ihnen, dass es mit der vertieften Allgemeinbildung an der Kollegstufe dann vorbei sein wird, denn unter dem Druck Ihrer Forderungen wird die Kollegstufe zum Vorbereitungskurs für einen erfolgreichen Abschluss von Hochschuleingangsprüfungen. Das kann nicht Sinn einer Schulbildungspolitik in Bayern sein.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Bevor ich dem Kollegen Dr. Waschler das Wort erteile, möchte ich in der Diplomatenloge eine Gruppe von Parlamentarierinnen aus Tadschikistan begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Im Namen des Hohen Hauses und persönlich darf ich Sie ganz herzlich hier bei uns willkommen heißen. Ich wünsche Ihnen einen interessanten und angenehmen Aufenthalt in München.

Jetzt hat Herr Kollege Dr. Waschler das Wort.

Dr. Waschler (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich darf mit dem Guten anfangen und Herrn Kollegen Schuhmann auch einmal loben. Er hat mir mit seinen Ausführungen zum Lehrerbild in der Öffentlichkeit aus der Seele gesprochen. Hier ist durchaus etliches verbesserungswürdig.

Ich muss leider auch das weniger Gute erwähnen. So sind wir es schon aus der Schule gewöhnt. Das weniger Gute wäre, dass man bei der Pisa-Studie nur von erschreckenden Resultaten spricht, ohne dass man auf die Grundlagen schaut. So wichtig es ist, dass Studien aufgelegt werden: Genauso wichtig ist es, dass einmal hinterfragt wird, was alles hinter diesen Studien steckt. Das ist noch nicht vollständig geschehen. Man kann nicht irgendwo fundamentale Veränderungen verlangen, wenn man sich bei den Schülern lediglich auf das Alter von 15 Jahren bezieht, wobei auch nur eine relativ kleine Stichprobe erhoben wurde und man auch noch das eine oder andere methodisch anbringen kann. Alles das muss noch geleistet werden.

Ich möchte noch ein Weiteres hinzufügen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich kann nicht von einem kleinen Segment der Bildung, welches die Studie abzubilden beansprucht, auf die Gesamtpersönlichkeit des Schülers mit all den Erscheinungen schließen, die man unter Bildung und Erziehung zusammenfasst. Wir befassen uns hier mit einem Ausschnitt, und dieser Ausschnitt ist ebenfalls wieder zu hinterfragen.

Hierzu gehört natürlich auch die Frage nach dem Schulklima und nach alledem, was die Ministerin hier völlig richtig dargestellt hat. Alles das ist wichtig, und es ist auch im Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion abgebildet und unter der Überschrift „Innere Schulentwicklung“ zusammengefasst.

Dem Kollegen Schuhmann darf ich mich auch in einem weiteren Punkt anschließen; ich meine die Hochschule. Allerdings gehe ich vielleicht nicht ganz in die Richtung, die er gemeint hat; denn in Bayern sind wir ein gutes Stück weiter als in anderen Ländern. Wir haben eine Reform der Lehrerbildung auf den Weg gebracht. Kollege Schneider war hierbei federführend tätig. Diese Lehrerbildung wird dort, wo die Studie Verbesserungen anmahnt, bestätigt. Ich meine damit die Stärkung des Theorie- und Praxisbezugs und die Ausweitung der pädagogischen und psychologischen Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Zentren für Lehrerbildung und Fachdidaktik als kleines Segment unseres Konzeptes sind ein Bestandteil, der weit in die zweite Phase der Reform hineinreicht. Auch hier sind wir auf dem richtigen Weg. Die neunte Änderung der Lehramtsprüfungsordnung wird auch auf diesem Gebiet Wirkung zeigen.

Insofern sind Schnellschüsse fehl am Platz. Ein Blick auf die Haushaltszahlen zum Ende meiner Ausführungen kann auch der Opposition nicht schaden. Im Jahr 1994 sind fünf Milliarden Euro für den Bildungsbereich ausgegeben worden. 1998 sind 6,7 Milliarden Euro zur Verfügung gestanden, und im Jahr 2002 werden es 7,8 Milliarden Euro sein. Seit dem Jahr 1989 haben wir insgesamt 9000 zusätzliche Lehrer eingestellt. Ich möchte das Land in Deutschland sehen, welches sich dieser Leistungsbilanz stellen kann.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Letzter Redner in der Aktuellen Stunde ist Herr Kollege Irlinger.

Irlinger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Bei Herrn Dr. Waschler hat sich wieder gezeigt, was auch bei den übrigen CSU-Rednerinnen und Rednern und auch bei Frau Hohlmeier über weite Strecken deutlich wurde. Eigentlich hätte ich mir in der Vorweihnachtszeit gewünscht, dass Sie redlich argumentieren, dass Sie die Wahrheit suchen und sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von dieser Seite, Sie haben Recht gehabt mit Ihren bildungspolitischen Botschaften der vergangenen Jahre. Unsere Botschaften waren: Mehr Bildungsqualität durch innere Schulreform; mehr Unterrichtsqualität durch Hilfen; Fortbildung; kleinere Klassen und mehr Zeit für Kinder und Lehrer; mehr Individualisierung und mehr Chancengleichheit durch mehr Förderung. Das waren unsere Botschaften. Sie stehen in dieser Studie, aber Sie wollen sie einfach nicht wahrhaben.

Es wäre noch nicht zu spät für Änderungen. Ansätze dazu gab es in den Beiträgen von Herrn Nöth und von Herrn Schneider. Aber die anderen gehen mit ungebrochener Selbstbeweihräucherung ans Mikrofon. Sie sind unfähig für nötige Analysen und unwillig zur Selbsterkenntnis. Gerade Selbsterkenntnis wäre aber der erste Schritt zur Besserung. Wo ist denn der erste Schritt der Besserung? Die CSU schreibt in ihren Antrag hinein:

Gleichwohl bestätigen die vorliegenden Daten, dass der in Bayern eingeschlagene schulpolitische Weg richtig ist . . .

Wozu müssen wir dann noch debattieren, wenn alles richtig ist? Dann brauchen wir doch nicht mehr über die Pisa-Studie zu reden wie andere aus Ihren Reihen, die auch plötzlich gemeint haben, reden zu müssen.

Herr Knauer, ich wäre mit dem Wort „Gesamtschule“ im Zusammenhang mit Waterloo ein bisschen vorsichtiger. Haben Sie die Pisa-Studie denn nicht gelesen, in der steht, dass die Mehrheit aller Länder, die besser sind als wir, Gesamtschulsysteme hat? Sie sollten das endlich zur Kenntnis nehmen und ein bisschen redlich argumentieren. Sie sollten in dieser Debatte wirklich ein bisschen leiser sein; denn Ihre Schulpolitik ist sitzen geblieben, wie sich in allen in der Pisa-Studie herausgefilterten Kriterien zeigt. Es gibt für Sie kein Vorrücken in die Elitestufe oder gar in die Spitzenklasse. Dies wird auch der Juli 2002 zeigen; denn es ist nicht einmal Mittelmaß vorzuweisen.

Wie meine Kolleginnen und Kollegen bereits gesagt haben, liegen die Missstände nicht erst seit der Pisa-Stu-

die, sondern schon seit der OECD- und der Tims-Studie längst auf der Hand. Sie sind mit Ihrem Latein, mit Ihrem Bekenntnis am Ende, das heißt: Eine frühe und starke Auslese bringt zugleich die richtige und spitzenmäßige schulische Leistung. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dies ist nicht so. Sie haben es immer für unerlässlich und unumstößlich gehalten, dass frühes Auslesen, die frühe Bildung homogener Lerngruppen und eine leistungsorientierte Selektion Qualitätssichernd seien. Dies waren Ihre Behauptungen, und darauf haben Sie Ihre Schulpolitik aufgebaut. Doch die Befunde von Tims und Pisa widersprechen den Grundlagen Ihrer Politik; denn die Mehrheit der Länder, die uns in ihren Leistungen übertreffen, liest erst sehr spät aus und lässt die Kinder lange Jahre eine gemeinsame Schulzeit verbringen.

Es zeigt sich ferner, dass Kinder anregungsreiche Milieus brauchen und nicht so früh in homogene, gleichmäßige und schulformbezogene Gruppen eingeteilt werden sollen, weil zum Beispiel Schüler mit gleichen Fähigkeiten in einer niederen Schulform weniger lernen und weniger Leistung bringen als in einer höheren Schulform. Wir müssen von homogenen Leistungsgruppen wegkommen.

Erwähnt werden muss des Weiteren die Tatsache, dass in Bayern durch das Auslesesystem – da ist Bayern führend – die soziale Schere wahrscheinlich deutlich wird. Soziale Ungleichheiten sind in einer demokratischen Schule nicht hinnehmbar. Ihr Antrag ist schon deswegen nicht akzeptabel, weil Sie kein einziges Wort zu den sozialen Scheren und zu den ungleichen Entwicklungen für Kinder aus bildungs- oder sozialschwachen Schichten sagen. Das ist heute ein Grundproblem. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass die Auslese eine größere Ungleichheit hervorruft und wie wichtig die Förderung der elementaren Primarstufe ist, um diese sozialen Fehlentwicklungen zu vermeiden. Sie aber geben der Grundschule einen zu kurzen Zeitraum, haben viele Stunden gekürzt – es fehlen Förderstunden – und die Grundschule unterfinanziert. Auch darüber wird künftig zu reden sein.

Ich kann dem CSU-Antrag nicht zustimmen, weil Sie sich auf der einen Seite beweihräuchern, indem Sie sagen, sie machten alles richtig. Auf der anderen Seite hätte man eine klare Analyse und Aussage dazu erwartet, was Sie eigentlich wollen. Sie aber fordern im Antrag zu berichten, ob und welche Konsequenzen aus der Pisa-Studie zu ziehen sind. Wir fordern Konsequenzen und werden dafür kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Zur Geschäftslage: Herr Kollege Irlinger hat auch die von Herrn Dr. Waschler eingesparten zwei Minuten geredet. Aber er hat solange geredet, bis die CSU wieder die Mehrheit hatte. Es gleicht sich im Leben alles aus. Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Entschließung zur Pisa-Stu-

die“ auf Drucksache 14/8249 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CSU und Herr Kollege Hartenstein, fraktionslos. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Der Dringlichkeitsantrag ist angenommen.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Pisa-Studie 2000 – Konsequenzen für die bayerische Bildungspolitik“, Drucksache 14/8251, abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Dies sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Hartenstein, fraktionslos. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. Dies ist die Fraktion der CSU. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend „Konsequenzen aus Pisa: Chancengerechtigkeit schaffen – Spitzenleistungen ermöglichen“, Drucksache 14/8252, abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Dies sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Dies ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltung? – Herr Kollege Hartenstein, fraktionslos. Dann ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt. Damit haben wir Tagesordnungspunkt eins abgeschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 2 a

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (Drucksache 14/8157)

– Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung nicht begründet. Ich eröffne die Aussprache. – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir auf die Aussprache verzichten. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 2 b

Gesetzentwurf der Abgeordneten Christine Stahl, Dr. Dürr, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Förderung der Integration im Freistaat Bayern (Drucksache 14/8221)

– Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Das Wort hat Frau Kollegin Köhler. Bitte schön.

Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Parallel zu den Beratungen eines Zuwanderungsgesetzes auf Bundesebene haben wir, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, im Bayerischen Landtag ein Gesetz zur Förderung der Integration in Bayern erarbeitet und heute in den Landtag eingebracht. Dieses Gesetz soll die Integration der bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten fördern und einfordern; es ist also keine Einbahnstraße. Dieses Gesetz soll für die neu Ankommenden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Integration gelingen kann. Flankiert wird dieses Gesetz durch ein Antragspaket zu den Themen Bildung und Gesundheit.

Ich habe im Vorfeld der heutigen Beratungen in den „Nürnberger Nachrichten“ gelesen, dass aus Kreisen der CSU und SPD gesagt wird, für ein bayerisches Integrationsgesetz sei es viel zu früh. Man wisse noch nicht, was auf Bundesebene vereinbart werde. Da aber unser Gesetz vor allem auf die bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten abzielt, ist es nicht zu früh – im Gegenteil. Es wird endlich Zeit, dass wir uns den Versäumnissen der Vergangenheit stellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor 40 Jahren wurden die ersten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter aus der Türkei angeworben. Die damals gemachten Fehler ziehen sich wie ein roter Faden durch die nachfolgenden Generationen. Die daraus resultierenden Schäden sind enorm und finden sich mittlerweile gar in internationalen Studien wieder, wie wir gerade beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt diskutiert haben.

Dies sollte uns Warnung genug sein, bei der jetzt anstehenden Zuwanderungsdebatte die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, hieße, zum Beispiel jetzt die Hände in den Schoß zu legen und zu warten, was aus Berlin kommt. In diesem Zusammenhang muss ich Ihnen sagen, dass bereits verschiedene Bundesländer – zum Teil auch mit Zustimmung der konservativen Parteien, also der CDU – in ihren Landesparlamenten zumindest Integrationskonzepte verabschiedet haben. Das Landesintegrationsgesetz, so wie wir es heute vorlegen, ist meines Wissens hingegen bundesweit das erste.

Meine Damen und Herren, dieses Land profitiert von Zuwanderung. Hans-Peter Stiehl, der Ex-Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, sagte letzte Woche, die ersten 10000 Greencards für ausländische Computerexperten und -expertinnen hätten zur Schaffung von 22500 Jobs für Deutsche geführt. Dies ist ein Verhältnis von 1 : 2. Zuwanderung, meine Damen und Herren, schafft also Arbeitsplätze.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein anderes Beispiel: Der gesamte Münchener Kranken- und Altenpflegebereich wäre ohne ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu bewältigen. Gerade in dieser Sparte leisten wir uns einen Irrsinn sondergleichen. Anstatt ausländische Pflegekräfte über ein Einwanderungsgesetz dauerhaft hierher zu holen, werden diese Pflegekräfte alle fünf Jahre ausgetauscht.

(Zuruf von der CSU: Aus gutem Grund!)

– Es ist unvernünftig. Wer integriert ist, wer die deutsche Sprache spricht, muss gehen, und dann holt man sich, weil der Arbeitskräftebedarf nicht mit Deutschen gedeckt werden kann, wieder neue Pflegekräfte aus dem Ausland.

(Zuruf von der CSU: 4 Millionen Arbeitslose!)

– Haben Sie es bisher geschafft, den Bedarf an Altenpflegekräften im Münchener Raum mit deutschen Arbeitskräften zu decken? Ihr Kollege Traublinger hat vor ein paar Monaten in der „Süddeutschen Zeitung“ verkündet, der Münchener Raum benötige 50000 Fachkräfte, und dieser Bedarf solle durch ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gedeckt werden. Fragen Sie einmal bei Ihrem Kollegen Traublinger nach.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir müssen unser Land öffnen und für Migranten und Migrantinnen attraktiv gestalten. Diese Umgestaltung bedeutet aber nicht, dass jemand bevorzugt oder benachteiligt werden soll. Vielmehr soll ein Umgestaltungsprozess zum Wohle aller stattfinden. Unter diese Prämisse haben wir unser Gesetz gestellt. Ich möchte Ihnen ein kurzen Überblick geben, damit Sie wissen, worüber Sie in den nächsten Monaten diskutieren sollen.

Wir schreiben für alle Neuankommenden fest, dass sie Anspruch auf einen Sprach- und Orientierungskurs haben. Dieser Anspruch gilt auch für Migranten und Migrantinnen, die sich seit fünf Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten. Wir dürfen bei der Debatte nicht diejenigen vergessen, die in den vergangenen Jahren zugewandert sind. Wenn ich Frau Merkel und Herrn Rüttgers richtig verstehe, dann geht es der CDU ebenfalls um die Integration insbesondere derjenigen, die in der Vergangenheit zugewandert sind.

Für die praktische Umsetzung schlagen wir vor, dass mit den Zuwanderern ein Integrationsvertrag geschlossen wird. Dieser regelt die individuelle Beratung, die sprachliche Förderung und die Teilnahme an Orientierungskursen. Dafür ist es natürlich notwendig, dass wir bei den Kreisverwaltungsbehörden Einwanderungs- und Integrationsämter einrichten, die diese Beratung qualifiziert und umfassend durchführen. Die Gemeinden bekommen für die Durchführung von Elternsprachkursen in ihren Kindergärten die Finanzmittel vom Freistaat ersetzt.

Des Weiteren wollen wir, dass die Erziehungsziele im Bayerischen EUG erweitert werden, und zwar um den Passus „Erziehung zur Achtung und Toleranz gegenüber

anderen Kulturen und Lebensweisen“. Dies, meine Damen und Herren, kostet kein Geld, verändert aber Einstellungen und sensibilisiert die Menschen.

Ergänzt wird dieser Antrag durch ein Bündel von Anträgen zur Förderung der interkulturellen Bildung.

Des Weiteren haben wir uns das Hochschulgesetz vorgenommen. Die Internationalisierung der Hochschulen wollen wir dadurch erreichen, dass die Zugangsvoraussetzungen sowohl der ausländischen Studierenden als auch der ausländischen Lehrenden erweitert werden. Für Hochschulen, die sich auf dem Gebiet der Internationalisierung besonders engagieren, soll es auch angemessene Finanzmittel geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine weitere Passage betrifft die Ausländerbeiräte. Aus den bisherigen Ausländerbeiräten sollen Integrationsräte mit klar definierten Aufgaben werden, für Kommunen ab 20 000 Einwohnern fest in der Gemeindeordnung verankert. Dies gibt es in anderen Bundesländern bereits. Zum Beispiel in Hessen, und in Nordrhein-Westfalen sind die Ausländerbeiräte in der Gemeindeordnung verankert.

Auf der Landesebene wollen wir einen Landesintegrationsrat installieren, und schließlich soll sich ein Landtagsausschuss federführend mit Integrations- und Migrationsfragen beschäftigen.

Außerdem wollen wir, dass die Migranten und Migrantinnen im gesamten öffentlichen Dienst – wir denken hier an die Polizei, an die Justiz, aber auch an die Kommunalbehörden – stärker vertreten sind.

Auch sollen sich die Interessen der nichtdeutschen Bevölkerung in der Zusammensetzung des Rundfunk- und Medienrates niederschlagen, und wir empfehlen die Ausweitung der muttersprachlichen Sendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf sieben Sprachen, wie dies zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen der Fall ist.

Schließlich haben wir auch an den Tod und daran gedacht, dass die Menschen aus anderen Kulturen und Religionen gemäß ihrer Riten und Zeremonien hier bei uns bestattet werden können.

Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, enthält dieses Integrationsgesetz ein ganzes Bündel von Vorschlägen und Maßnahmen. Ich denke, dieses Gesetz kommt nicht zu früh, sondern genau zum richtigen Zeitpunkt. Man kann nämlich nicht, wie Herr Beckstein immer sagt, Integration nur von anderen fordern und selber nichts tun.

Ich bitte um eine konstruktive, intensive und interessierte Beratung in den Ausschüssen. – Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung, Herr Dr. Merkl.

Dr. Merkl (CSU): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Politisch wirken heißt für mich, Probleme erkennen, nach Lösungen suchen, Lösungen erarbeiten und sich dann bemühen, Mehrheiten dafür zu finden, um mit deren Hilfe die erarbeitete Lösung umzusetzen. Dies sollte ein Prozess nach objektiven Kriterien, ohne Eigeninteressen, sein. Dies ist leider oftmals ein Wunschtraum, weil insbesondere das Bemühen um Mehrheiten, das Schielen nach der Klientel – nach der Wählerklientel – gewinnt. Oft bestimmt dann die Klientel die Richtung.

Das, meine Damen und Herren, gilt auch für das politische Dauerthema der Zuwanderung und Integration,

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist das bei euch!)

auch wenn von allen Seiten immer wieder betont wird, dieses Thema eigne sich nicht für den Wahlkampf oder für wahltaktische Überlegungen.

Herr Dürr, genau aus diesem Grunde habe ich diese Einleitung gewählt. Ich behaupte nämlich: Wenn es ein Musterbeispiel dafür gibt, wie eine politische Partei nach einer gewissen Klientel schielt, dann ist es dieser Gesetzentwurf von Ihnen, von den GRÜNEN.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Integration wird in Bayern sehr ernst genommen. Die Staatsregierung hat unter anderem zwei große Berichte vorgelegt, die CSU-Fraktion hat mehrmals Entschließungen in den Landtag eingebracht, die verabschiedet wurden. In diesem Parlament haben wir auch über die Parteigrenzen hinweg einige Grundsatzentscheidungen getroffen, aber immer unter dem Gesichtspunkt: Integration ist keine Einbahnstraße.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Hören Sie nur zu. – Das heißt, der Staat bietet die Möglichkeit zur Integration. Der Zuwanderer muss die Möglichkeiten ergreifen und seinen Teil dazu beitragen. Ich sage: Das ist der Hauptteil, was die Integration angeht.

Was aber in diesem Gesetzentwurf gefordert wird, ist eine äußerst breite Einbahnstraße, und ich sage: ein Weg ins Schlaraffenland.

Frau Köhler, Sie haben Ihren Gesetzentwurf zum Teil ja gar nicht richtig wiedergegeben. Sie haben beispielsweise gesagt, wer fünf Jahre hier ist, hat Anspruch auf diese Integrationsleistungen. Im Gesetz jedoch steht: Wer neu kommt, hat ihn für die ersten fünf Jahre, und wer schon da ist, hat ihn für fünf Jahre ab In-Kraft-Treten des Gesetzes. Meine Damen und Herren, das wäre eine derartige Bevorzugung der Zuwanderer gegenüber der einheimischen Bevölkerung,

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass dies letztlich zwangsläufig zu einer ernststen Auseinandersetzung in unserem Lande führen würde.

Das zeigen allein die in Artikel 3 aufgelisteten so genannten Integrationsfördermaßnahmen, an der Spitze ein so genanntes Willkommen-Integrationsscheckheft, das ausgehändigt wird. Dann müssen weitere Informationen gegeben werden, wo man welche Leistungen bekommt. Es müssen bei den Landratsämtern besondere Einrichtungen geschaffen werden, die dann für jeden Zuwanderer einen individuellen Lernplan erstellen. Dann muss das Landratsamt in Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und dem Arbeitsamt einen individuellen Integrationsplan erstellen.

(Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das alles machen sie in Holland!)

Dann kommt die Teilnahme an einem modularisierten Sprach- und Integrationskurs, der dort vereinbart wird und der mindestens 600 Stunden umfassen muss. Dieses Programm dauert dann fünf Jahre.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es gibt noch weitere Wohltaten, die Sie nicht genannt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der Landesintegrationsbeirat muss geschaffen und immer rechtzeitig von der Staatsregierung gehört werden; es sind ausreichend Mittel für diesen Beirat zur Verfügung zu stellen. Das EUG wird dahin gehend geändert, dass interreligiöser Unterricht Pflichtfach wird. Das Feiertagsgesetz wird dahin gehend geändert, dass an den islamischen Feiertagen kein Unterricht stattfindet für die der Religion zugehörigen Schüler, und derjenige, der dieser Religion zugehört, kann an diesen Tagen der Arbeit fernbleiben. Für ausländische Studenten wird ein viersemestriger, dem eigentlichen Studium vorgeschalteter Deutschkurs angeboten.

Die Gemeindeordnung und die Landkreisordnung werden dahin gehend geändert, dass proportional der Zahl der Zuwanderer Stellen für diese geschaffen werden müssen.

(Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt Stellen? Eine Stelle!)

Also, Frau Köhler, Sie sollten das vortragen, was in diesem Gesetz wichtig ist, und nicht einige nebensächliche Dinge. Unabhängig vom Inhalt des Gesetzentwurfs ist das, was Sie hier fordern, personell, finanziell und organisatorisch nicht zu leisten.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Köhler, Sie wissen – und das ist mein Schlusssatz –, dass ich alles andere als ausländerfeindlich bin. Wer aber diesen Gesetzentwurf liest – er kann noch so ausländerfreundlich sein, kann noch so sehr für Zuwanderung sein – muss sagen: Wenn das durchgesetzt würde, was Sie hier fordern, würde es eine enorme Diskussion in unserem Lande geben, deren Ergebnis genau

das Gegenteil dessen sein wird, was Sie wollen, nämlich nicht, wie es im Gesetzentwurf steht: Werben für eine Integration nach Bayern. Wissen Sie, was Sie erreichen werden? Letztlich Ausländerfeindlichkeit. Deshalb hat dieser Gesetzentwurf bei uns keine Chance.

(Beifall bei der CSU – Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen gleiche Rechte für alle, die hier leben und arbeiten! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Kollege Vogel.

Vogel (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Merkl, wenn in der Zwischenzeit seitens der CSU einiges passiert wäre, hätten wir den Gesetzentwurf vielleicht gar nicht nötig, und dann würden wir auch anders darüber diskutieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das Problem, vor dem wir stehen, ist doch, dass wir in dieser Wahlperiode schon häufig die Gelegenheit hatten, über Integrationsfragen zu diskutieren, darüber, welche Maßnahmen die geeigneten sind, um die bei uns lebenden Ausländer rechtlich, politisch, ökonomisch und sozial in unsere Gesellschaft zu integrieren – aber passiert ist faktisch sehr wenig.

Ich erinnere daran, dass die SPD-Fraktion mit einem sehr umfangreichen Antragspaket zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern wichtige Akzente gesetzt hat; die Einbringung dieser Anträge jährt sich im kommenden Februar zum zweiten Mal. Im Februar 2000 hatten wir 38 Anträge eingebracht, die alle Bereiche der Integrationspolitik umfassten: von der Bildungs- bis zur Gesundheitspolitik, vom öffentlichen Dienst und der Innenpolitik bis zur Kultur- und Medienpolitik. Vieles, vieles wurde daraufhin von Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU, beteuert, Wenigem wurde aber im Endeffekt zugestimmt. Und so warten wir bis heute darauf, dass von Seiten der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion im Landtag die angemessenen Schritte unternommen werden, um den hehren Worten auch wirklich Taten folgen zu lassen.

Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegn, begrüßt es die SPD, dass die Integrationspolitik wieder einmal neue Anstöße erhält. Wir freuen uns, dass viele unserer Initiativen, die wir mit unserem Antragspaket zur Integrationspolitik ausgelöst hatten, hier aufgegriffen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit sind wir beim Hauptproblem der Diskussion, einer Diskussion um eine längst überfällige, den tatsächlichen Erfordernissen entsprechende Integrationspolitik. In Sonntagsreden und bei Podiumsdiskussionen vor einem sensibilisierten Publikum propagieren CSU und Staatsregierung Verständnis und Integrationsbereitschaft. Dann aber, wenn es um konkrete politische Maßnahmen geht, fallen sie in eine integrationspolitische Eiszeit

zurück. Ja, manchmal, wie in der November-Plenarsitzung bei Herrn Kollegen Welnhöfer, gewinnen bedenkliche, ja diffamierende Töne die Überhand, über die man nur den Kopf schütteln kann,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil Sie sich selber aufgrund Ihrer plumpen Aggression und deutschtümelnden Selbstgefälligkeit außerhalb jeglicher ernst zu nehmenden Diskussionszusammenhänge stellen. Ich hatte den Eindruck, dass sich damals nicht nur die Opposition, sondern auch manche aus den Reihen der CSU gewundert, ja geschämt haben über das, was gesagt worden ist. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich kann nur hoffen, dass die immerwährenden Versuche von Seiten der Opposition, endlich in der Integrationspolitik einmal einen Schritt weiter zu kommen, nicht ohne Erfolg bleiben.

Es vergeht doch kein Kirchentag, keine Synode, auf denen nicht an Ihr christliches Selbstverständnis appelliert wird. Es verstreicht keine Woche – die Presseberichte aus Wildbad Kreuth sind noch warm –, in der nicht mindestens ein Vertreter der deutschen Wirtschaft die CSU dazu auffordert, zur wirtschaftspolitischen Vernunft zurückzukehren.

Drastische Worte werden da zum Teil gefunden, wenn es darum geht, die CSU davor zu warnen, Zuwanderung und Integration um kurzfristiger Wahlkampfinteressen willen zu boykottieren. Insofern empfinde ich es als absurd, Herr Kollege Merkl, dass Sie jetzt den GRÜNEN vorwerfen, sie würden eine Klientel bedienen. Sie machen das die ganze Zeit!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings – und diese Frage müssen sich auch die GRÜNEN stellen – ist es trotz des Einschubs der Kollegin Köhler für uns nicht ganz nachvollziehbar, warum man im Endeffekt nicht doch die Diskussionen in Berlin abgewartet hat, in der Hoffnung, dass sie auch wirklich im März zu einem sinnvollen Ende kommen. Uns erschiene es viel einleuchtender, das Bundesgesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, zur Regelung des Aufenthalts und der Integration in seinen ausformulierten Vorgaben erst abzuwarten, um im Anschluss daran herauszufiltern, worin die landesspezifischen Aufgaben bestehen.

Ich will auch nicht verhehlen, dass meine Fraktion an der einen oder anderen Stelle eine inhaltliche Kritik am vorliegenden Gesetzentwurf anzubringen hat. So sehe ich zum Beispiel einen inhaltlichen Widerspruch zwischen der Integrationsdefinition in § 1 Artikel 1 und der Aufgabenbeschreibung eines Landesintegrationsbeirats. Das bezieht sich in ähnlicher Weise auf die in § 11 postulierten Integrationsbeiräte auf Gemeindeebene. Meines Wissens geht hier auch die Diskussion bei den Ausländerbeiräten nicht unbedingt in die Richtung, die dieser Gesetzentwurf weist.

In unseren Reihen gibt es ebenfalls einen Diskussionsbedarf zu der in § 6 vorgeschlagenen Änderung des Feiertagsgesetzes.

Die von mir dargestellten Aspekte mögen genügen, um insgesamt zu verdeutlichen: Wir von der SPD werden einen intensiven inhaltlichen und integrationsorientierten Beitrag in die Beratung des Gesetzentwurfs einbringen. Wir sehen uns natürlich heute noch nicht in der Lage, uns endgültig zu positionieren, wollen auch unserer Diskussion nicht vorgreifen, aber an unserer konstruktiven, am Integrationsinteresse ausgerichteten parlamentarischen Begleitung lassen wir keinen Zweifel aufkommen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Frau Staatsministerin Stewens.

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN legt ein Integrationsgesetz zu einem verfehlten Zeitpunkt vor. Zurzeit berät der Bundesrat, und der Bundestag hat mit seinen Beratungen noch nicht einmal begonnen. Ob und wie Zuwanderung geregelt und ein Grundangebot an sprachlicher Integration ausgestaltet wird, ist noch offen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Solange der bundesgesetzliche Rahmen nicht steht,

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ist es völlig abwegig, über ein Integrationsgesetz auf Landesebene zu beraten. Schon der Gesetzentwurf der rot-grünen Bundesregierung belastet ja die Länder überproportional mit Kosten in dreistelliger Millionenhöhe.

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN setzt nun mit ihrem Entwurf für ein Landesintegrationsgesetz noch eins drauf. Vernebelnd wird lediglich davon gesprochen, dass kurz- und mittelfristig ein erhöhter Finanzierungsbedarf entsteht. Konkrete Zahlen werden wohlweislich nicht genannt. Auch deshalb erscheint mir die Vorlage nicht reif für eine Beratung. Abgesehen von den Kosten ist der Gesetzentwurf der GRÜNEN auch inhaltlich fehlerhaft. Wir haben gemerkt, Frau Kollegin Köhler – Herr Kollege Merkl hat dies sehr deutlich gesagt –, dass Sie den Inhalt so genau gar nicht kennen. Seine Anwendung bezieht sich allein auf die Ausländerinnen und Ausländer, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind. Damit verweigert er einer ganzen Gruppe von Menschen Integrationsleistungen, nämlich den Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern. Dies ist eine klare Diskriminierung unserer Spätaussiedlerinnen und -aussiedler.

Meine Kolleginnen und Kollegen, nach dem Gesetzentwurf soll der Staat, als wäre er eine allzuständige Instanz, für die Integration sorgen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies ist ein Irrweg. Selbstverständ-

lich braucht Integration Angebote und auch Förderung. Integration ist aber nicht nur eine Bringschuld des Staates, sondern auch eine Holschuld unserer Ausländerinnen und Ausländer sowie der Spätaussiedlerinnen und -aussiedler.

Im Bericht „Ausländerintegration in Bayern“ vom Dezember 1999 hat die Staatsregierung ganz ausführlich dargestellt, was von verschiedenster Seite von Bayern aus für die Integration zur Zeit verwirklicht wird. Wir haben sehr viel erreicht. Dennoch sind im Bericht auch neue Vorschläge enthalten, die auf eine bessere Integration zielen. Der Landtag hat sich am 2. Februar 2000 umfassend mit diesem Bericht auseinandergesetzt. Er hat unter anderem auch festgestellt, dass nicht alles Wünschenswerte tatsächlich geleistet werden kann. Der Grundsatz des Förderns und Forderns wurde betont. Ihr Gesetzentwurf hat leider Gottes nur das Fordern im Auge.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber von beiden Seiten!)

Im Übrigen kommt es auch bei der Integration nicht in erster Linie darauf an, wie viel Geld der Staat ausgibt. Entscheidend ist, dass eine Ausländer- und Integrationspolitik mit Vernunft und Augenmaß betrieben wird, eine Politik, die durch eine gerechte Lastenverteilung auch die Akzeptanz der Mehrheit der Bevölkerung findet.

Wer in Zeiten knapper Kassen, in denen an allen Ecken und Enden gespart werden muss, ohne Rücksicht auf Verluste neue Ausgaben gesetzlich normieren möchte, steigert letztlich nur Neid und Missgunst und erweist der Integration einen Bärendienst. Es ist ein völlig falscher Ansatz, durch ein Integrationsgesetz mit umfassenden Ansprüchen den Eindruck vermitteln zu wollen, der Staat allein sei für die Integration verantwortlich. Der Entwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist voreilig sowie fehlerhaft und daher abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 4

Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Wilhelm, Dr. Spaenle, Dr. Eykmann (CSU)

zur Änderung des Bayerischen Hochschullehrergesetzes, des Bayerischen Hochschulgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen (Drucksache 14/7386)

– Zweite Lesung –

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Nach der Vereinbarung im Ältestenrat beträgt die Redezeit pro Fraktion zwanzig Minuten. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Prof. Dr. Stockinger. Bitte schön.

Prof. Dr. Stockinger (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Die heute abzuschließende Gesetzesreform ist eine konsequente Fortführung der – ich darf sagen – „großen Hochschulreform“ von 1998. Sie bringt uns eine weitere Stärkung der Autonomie der Hochschulen, insbesondere bei der Weiterbildung und der Eignungsfeststellung. International gesehen, meine Damen und Herren, mischen die deutschen Hochschulen im großen zukunftsträchtigen Bereich der Weiterbildung nicht genügend mit, ja sie enthalten sich sogar zum Teil dieses wichtigen Marktsegmentes. US-amerikanische Universitäten dagegen unterhalten zum Teil renommierte Weiterbildungsinstitute, die auch international operieren und dabei große Gewinne einfahren und den Ruf ihrer Hochschulen deutlich mehren. Dabei ist doch das wissenschaftliche Personal gerade an unseren bayerischen Hochschulen mit Sicherheit nicht schlechter, und das wissenschaftliche Potenzial kann sich international weiß Gott sehen lassen.

Auch unter dem Gesichtspunkt des immer wichtiger werdenden lebenslangen Lernens gewinnt eine von den Hochschulen angebotene Weiterbildung auch bei uns immer mehr an Bedeutung. Wichtig ist dabei auch, dass die Hochschulen für die Weiterbildung direkt von ihren Forschungsergebnissen profitieren können – ein doch bedeutender Qualitätsvorteil gegenüber den privaten Anbietern am Markt.

Um dieses große Marktpotenzial besser erschließen zu können, haben wir nunmehr die Übertragung von Lehr- und Unterrichtstätigkeiten in der Weiterbildung als vergütetes Nebenamt für Hochschullehrer in das Gesetz geschrieben. Dies bedeutet nicht, wie von interessierter Seite fälschlicherweise immer wieder behauptet wird, die Abschiebung der Weiterbildung in das Nebenamt, sondern dies bedeutet vielmehr eine deutliche Stärkung der Anreize für Professoren, Weiterbildung auch dann anzubieten, wenn das Lehrdeputat bereits erschöpft ist. In diesem Zusammenhang ist auch die flexiblere Handhabung der Begrenzung der Nebentätigkeit von Teilzeitprofessoren in Artikel 12 Absatz 1 des Bayerischen Hochschullehrergesetzes zu sehen. Wir legen hiermit auch Fesseln des Beamtenrechts ab.

Weiterbildung – darauf legen wir besonderen Wert – bleibt auch weiterhin eine Aufgabe der Hochschulen, und das mit zunehmender Bedeutung. Dies gilt insbesondere, weil die Hochschule als Anbieter von Weiterbildung am Markt auftritt und in Zukunft verstärkt auftreten wird. Um allerdings auch für die Hochschulen selbst einen Anreiz zu schaffen, Weiterbildung anzubieten, dürfen sie künftig die aus der Weiterbildung entstandenen Einnahmen zur Gänze behalten und im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel selbst die Höhe der Vergütung der Dozentinnen und Dozenten bestimmen. Meine Damen und Herren, das ist wohlverstandene Selbstbestimmung für unsere Hochschulen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Wilhelm (CSU))

Für uns – auf diesen Abschnitt meiner Ausführungen lege ich besonderen Wert – war es wichtig, die Erprobung von Eignungsfeststellungen in einzelnen befristeten Modellversuchen im Rahmen der Experimentierklausel des Artikels 135 des Bayerischen Hochschulgesetzes zu ermöglichen. Dies bedeutet für uns keine Abwertung des Abiturs; denn ohne Abitur kann es keine Eignungsfeststellung geben. Das gute Abitur ist die Voraussetzung, um überhaupt eine Eignungsfeststellung zu ermöglichen. Wir sehen darin vielmehr die Einbeziehung von Eignungen, Neigungen und Befähigungen von Studienbewerbern für ein bestimmtes Fach, die mit dem Abitur einfach nicht erbracht werden kann. Unser Ziel ist es dabei, die in Deutschland im internationalen Vergleich sehr hohe Zahl der Studienabbrecher – in einzelnen Fachbereichen sind dies zum Teil 30 bis 40% – zu reduzieren. Letztlich sehen wir hierin eine Maßnahme im wohlverstandenen Interesse der Studierenden. Kolleginnen und Kollegen, wenn die Einführung der Eignungsfeststellung dazu führt, dass Studienanfänger ihr Studienfach gezielter wählen, dann ist dies ein willkommener Zusatznutzen. Das Studienfach soll nämlich bewusst gewählt werden und nicht nur den Einstieg in einen neuen Lebensabschnitt unserer jungen Menschen bedeuten.

Umso größer war unser Unverständnis, als wir die Haltung der SPD zu diesem Thema im Ausschuss erfahren mussten. Sie hat die Eignungsfeststellung an drei Voraussetzungen geknüpft, von denen zwei erfüllt wurden. Der dritten Forderung, wonach eine gesonderte Eignungsfeststellung für Studienbewerber ohne Abitur eingeführt werden sollte, konnten und wollten wir nicht zustimmen. Wir halten es für grotesk, dass Sie aus diesen Gründen die Eignungsfeststellung insgesamt ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Ein Schwerpunkt unserer Reform ist die Möglichkeit der Hochschule, sich ihre Studierenden in verstärktem Maße selbst auszusuchen. Natürlich haben wir als Landesparlament keinen Einfluss auf die sogenannten zehn harten Fächer des Numerus Clausus, die zentral von der ZVS in Dortmund vergeben werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme heute diese Gelegenheit wahr, darauf hinzuweisen, dass die Tätigkeit und der Sinn der ZVS von uns auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin überzeugt, dass wir durch eine Überprüfung oder sogar eine Aufkündigung des Vertrages das Potenzial unserer Hochschulen weiter stärken können und damit zu einem besseren Abschneiden unserer Absolventinnen und Absolventen beitragen. Wo wir selbst handeln können, haben wir gehandelt. Das sind die Studiengänge mit einem örtlichen Numerus Clausus. In diesen Studiengängen haben wir die Auswahlquote der Hochschulen von bisher 30% auf 50% erhöht. Dies soll der gezielten Profilierung der Hochschulen dienen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hören gerade in diesem Zusammenhang immer wieder das Argument, die Hochschulen wären nicht in der Lage, eine solche Eignungsfeststellung oder Eignungstests, Interviews und Ähnliches zu organisieren, dies wäre für die Hochschulen geradezu eine Belastung. Ich kann dem nur aus vollem Herzen widersprechen. Wenn sich eine Hochschule oder ein Fachbereich nicht in der Lage sehen, die Eignung ihrer Studierenden festzustellen, sind sie meiner Meinung nach auch nicht in der Lage, eine vernünftige Lehre und Forschung anzubieten. In diesen Hochschulen oder Fachbereichen kommt ganz einfach das Bedürfnis, für die Studierenden da zu sein, zu kurz.

Ich selbst war früher an einer Fachhochschule in Nordrhein-Westfalen tätig, die im Gegensatz zu einer anderen Fachhochschule am selben Ort ihre Studierenden ausschließlich selbst aussuchen konnte. Aus insgesamt 800 Bewerbungen wurden jedes Jahr 200 Studierende ausgewählt. Diese Fachhochschule war erfolgreich. Wenn wir nach Eichstätt blicken oder uns den wirtschaftswissenschaftlichen Zweig der katholischen Universität Eichstätt in Ingolstadt betrachten, sehen wir große Erfolge. Auch bei den Studierenden stößt die Möglichkeit der Hochschule, die Studierenden selbst auszuwählen, auf Zustimmung. Meine Damen und Herren, wir werden dieses Modell weiter fortsetzen.

Ich komme damit zu einer weiteren Verbesserung für unsere Hochschulen, die wir unserem Finanzminister in zähen Verhandlungen abgerungen haben: Künftig werden die Hochschulen 90% der Einnahmen aus den Gebühren für das Zweitstudium und für das Gaststudium erhalten. Wir haben ferner die Klarstellung einer Übergangsregelung für die Erhebung von Gebühren für das Zweitstudium eingeführt.

Wir haben die Zusammensetzung der Fachbereichsräte an der tiermedizinischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität in München ausdrücklich an die Regelung der humanmedizinischen Fakultät derselben Universität angepasst. Auf diese Weise haben wir dem Anliegen einer Eingabe der tiermedizinischen Fakultät der LMU Rechnung getragen. Ferner haben wir es der Universität der Bundeswehr ermöglicht, auf Antrag auch zivile Studierende auszubilden.

Ich bin der Meinung, dass wir mit diesem Entwurf, der heute zu verabschieden ist, einen weiteren guten Schritt für die Zukunft unserer bayerischen Hochschulen getan haben. Der federführende Ausschuss und die mitberatenden Ausschüsse haben diesem Entwurf zugestimmt. Ich bedanke mich ausdrücklich für die Begleitung dieses Gesetzentwurfs durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, das sich an der Regelung zur Eignungsprüfung beteiligt hat. Ich danke auch allen, die im Wege von Anhörungen und Anregungen zum Entstehen dieses Gesetzentwurfs beigetragen haben.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, wir können heute eine weitere Voraussetzung zur Stärkung und Profilierung unserer bayerischen Hochschulen schaffen. Lasst es uns anpacken!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Der nächste Redner ist Herr Kollege Odenbach.

(Zuruf von der SPD: Zuerst spricht Herr Vogel!)

Die Fraktionen dürfen selbstständig darüber entscheiden, wer zuerst sprechen soll. Mir wurde zuerst Herr Kollege Odenbach gemeldet. – Herr Kollege Vogel, ich erteile Ihnen das Wort.

Vogel (SPD): Herr Präsident, das Gewicht bleibt gleich.

(Heiterkeit)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Gut gemeint ist noch lange nicht gut gelungen“, so könnte man die Bemühungen der CSU-Kollegen überschreiben, die mit ihrer Initiative versuchen, bestehende Missstände im bayerischen Hochschulwesen zu beseitigen. Ich muss an dieser Stelle wiederholen, was wir in den letzten Jahren schon oft bei hochschulpolitischen Beratungen feststellen konnten: Die Hochschulreform von 1998 war viel zu kurzatmig angelegt, sodass permanente Nachbesserungen nötig sind. Die vorgelegten Ansätze sind entweder zu kurze Sprünge in die richtige Richtung oder zu weite Sprünge in die falsche Richtung. Mit diesem Maßnahmenpaket wird es Ihnen lediglich gelingen, die Missstände teilweise zu verschleiern. Sie können damit die Probleme aber nicht an der Wurzel packen.

(Beifall bei der SPD)

In meinem Beitrag werde ich mich auf zwei wesentliche Kritikpunkte am vorliegenden Gesetzentwurf beschränken. Die ablehnende Haltung der SPD zu Studiengebühren ist bekannt. Dieses Thema muss hier nicht weiter vertieft werden. Die kleinen Änderungen, die Herr Prof. Dr. Stockinger soeben angesprochen hat, haben wir im Ausschuss eingehend erörtert.

Nun zu unseren zentralen Einwänden: Der erste Einwand bezieht sich auf die Initiativen zur Weiterbildung an den Universitäten und Fachhochschulen. Bei der intensiven Diskussion im federführenden Hochschulausschuss bestand Einigkeit, dass die Weiterbildung neben Forschung, Lehre und Studium zu den Kernaufgaben der Hochschule gehört, wie es im Hochschulgesetz festgelegt ist. Wir waren uns auch einig, dass die Hochschulen diesem Weiterbildungsauftrag nicht im gewünschten Maße nachkommen bzw. nachkommen können. Die tatsächlichen Weiterbildungsangebote der Universitäten und Fachhochschulen reichen nicht aus. Diese Aufgabe wird in beträchtlichem Umfang auf außeruniversitäre Weiterbildungseinrichtungen verlagert.

Nach Ansicht der CSU kann dieses Dilemma nur gelöst werden, wenn es genügend monetäre Anreize gibt. Durch beamtenrechtliche Regelungen soll die Weiterbildungsaufgabe im Nebenamt erfüllt werden, besser gesagt, auf das Nebenamt konzentriert werden und dort voll verbleiben. Das Problem besteht nicht darin, dass

wir Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern keine Einnahmen aus dem Nebenamt gönnen würden. Wir befürworten auch die größere Finanzausstattung der Hochschulen und halten es für sinnvoll, wenn diese Einnahmen bei den Hochschulen verbleiben. Selbst nach intensivsten Diskussionen ist es für uns aber nicht nachvollziehbar, warum sich dieser Gesetzentwurf nicht mit den hochschulinternen Problemen beschäftigt, die gerade dafür verantwortlich sind, dass die Weiterbildungsaufgabe derzeit nur unzureichend erfüllt wird.

Ich darf aus dem Protokoll des Hochschulausschusses vom 24. Oktober zitieren. Das Ministerium stellt dort fest:

Trotz des gesetzlichen Auftrags zur Weiterbildung führe die starke Belastung der Professoren in der grundständigen Lehre dazu, dass die Weiterbildung im Hauptamt nur in relativ geringem Umfang erbracht werden könne. Deshalb werde Weiterbildung in beträchtlichem Umfang in außeruniversitären Weiterbildungseinrichtungen durchgeführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, wenn dem so ist, sollten Sie ausreichend Planstellen schaffen, damit die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ihre Aufgabe im Hauptamt erfüllen können.

(Beifall bei der SPD)

Mit Ihrer Initiative stiehlt sich der Freistaat aus der personalpolitischen Verantwortung an den Hochschulen und hofft darauf, dass Geld-Anreize im Nebenamt das Problem lösen oder, besser gesagt, übertünchen können.

Mein Kollege Fritz Odenbach wird anschließend auf diesen Aspekt noch intensiver eingehen.

Ich darf auf den zweiten Punkt eingehen, der vor allem bei dem Fachgespräch, das meine Fraktion zur Weiterbildung vor einem Monat mit Vertretern der Fachhochschulen und Universitäten führen konnte, eine große Rolle gespielt hat. Die Hochschulen können ihre Weiterbildungsaufgabe allein schon deswegen nur unzureichend erfüllen, weil ihre infrastrukturelle und personelle Ausstattung auch und gerade im Mittelbau und bei den nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern dies eben nicht erlaubt. Das ist umso bedauerlicher, als gerade die Hochschulen besonders gute, spezifische Voraussetzungen bieten, um auf dem Weiterbildungsmarkt bestehen zu können.

So stellte der Expertenrat zur Hochschulentwicklung in Nordrhein-Westfalen etwas richtig fest, was auch für Bayern zutrifft, dass nämlich Niveau und Seriosität der Hochschulangebote außer Zweifel stünden, dass das Monopol zur Vergabe von Hochschulgraden einen besonderen Anreiz biete und dass der Theorie-Praxis-Austausch enorme Vorteile beinhalte. Auf dieser Basis wären nun Weiterbildungskonzepte zu entwickeln, die den Interessen der ökonomisch ausgerichteten Nachfrage gerecht werden, die aber auch die gesellschaftlichen Erwartungen an hochschulspezifische Weiterbildung erfüllen müssen. Der bayerische Hochschulentwicklungsplan sieht das zwar auch vor, aber allgemein gehaltene, dürre Formulierungen reichen nicht aus.

Neben der gesellschaftlichen Verpflichtung unserer Hochschulen, erworbenes Wissen und erworbene Kenntnisse auch nach dem Studium weiterzugeben, haben sie auch die Aufgabe, den strukturellen Wandlungsprozessen in der Bildung und in der Weiterbildung gerecht zu werden. Schlagworte wie lebenslanges Lernen, modulares Studium, zunehmende Individualisierung von Studien- und Berufsbiografien, die Folgen von Internationalisierung und Globalisierung, die Nutzung der Möglichkeiten einer virtuellen Hochschule – sie alle umreißen das Aufgabenfeld der Weiterbildung.

Meine Kolleginnen und Kollegen der CSU, Ihr Gesetzentwurf trägt sehr, sehr wenig dazu bei, die Hochschulen hier sinnvoll und richtungweisend aufzurüsten und auszustatten.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihren Ansätzen bleiben allzu viele Fragen offen. Es handelt sich doch hier um eine spezifische Nachfrage, welche die Hochschulen im Wettbewerb mit den außeruniversitären Einrichtungen bedienen sollen. Dann fragen wir uns: Woher kommen denn in Ihrem Konzept die finanziellen Mittel, die Hochschulen brauchen, um Markterkundung zu betreiben und Marktstrategien zu entwickeln? Wo bleiben die Freiräume in der Lehre? Wo sind die Spielräume für anrechenbare Lehrverpflichtung, um unternehmensähnliches Verhalten der Hochschullehrer und der Fachbereiche entstehen zu lassen? Wie soll mit Ihrem Ansatz das tradierte Selbstverständnis an den Hochschulen aufgebrochen werden, wie soll erreicht werden, dass weiterbildungsorientierte Entwicklungsplanung möglich ist und Weiterbildung mehr wird als ein Zufallsprodukt des Lehrbetriebs? Wie wollen Sie vermeiden, dass die Ausbildung der Studierenden weiter in den viel zu schwach ausgebauten Mittelbau verdrängt wird, wenn die nebenamtlichen Anreize bei den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern tatsächlich greifen? Wo haben unsere Hochschulen die adäquate Infrastruktur, um den hohen organisatorischen und kaufmännischen Anforderungen des Wettbewerbs am Weiterbildungsmarkt gerecht zu werden? Für die Markterschließung, für die Entwicklung marktkonformer Studienangebote, für Marketing, Abrechnung, Raumorganisation usw. benötigen die agierenden Personen gleichermaßen betriebswirtschaftliche Kenntnisse und hochschulspezifische Einblicke. Glauben Sie, dass das alles im Nebenamt möglich ist, oder welche Stellen sehen Sie dafür vor?

Mit diesen offenen Fragen hat man uns beim Fachgespräch konfrontiert, und wir geben diese Fragen immer wieder an Sie weiter. Herr Prof. Stockinger, Herr Dr. Wilhelm, die Beratung im federführenden Ausschuss brachte auf diese Fragen eben keine befriedigende Antwort. Man hat uns bei unserem Fachgespräch sogar dringend davor gewarnt, hier zuzustimmen. Man befürchtet, dass Ihr Gesetzentwurf weitere zielführende Diskussion verhindert, weil er vorgaukelt, dort Lösungen anzubieten, wo die Problemanalyse schon äußerst unzureichend ist. Deswegen sagen wir Nein zu Ihrer Weiterbildungsreform.

Ich komme nun zum zweiten Einwand und zum Versuch, über das bisher vorhandene Maß hinaus den Hochschul-

zugang über hochschulinterne Verfahren zur Eignungsfeststellung zu ermöglichen. Ihr Gesetzentwurf bezieht sich lediglich auf eine Erweiterung der Experimentierklausel und auf Modellversuche in nicht zulassungsbeschränkten Studiengängen. Durch Ihren Beitrag, Herr Prof. Stockinger, wurde deutlich, dass die CSU generell in diese Richtung gehen will, um einen Paradigmenwechsel beim Hochschulzugang einzuleiten. Die Bedeutung des Abiturs soll relativiert werden. Der Brief, den wir heute vom Philologenverband und von der Landeselternvertretung bekommen haben, nimmt genau diese Befürchtung auf. Es besteht zwar Konsens in der Benennung eines Ausgangsproblems. Wir haben zu viele Studienabbrecherinnen und -abbrecher. Sie müssten im gleichen Atemzug aber auf ein zweites Ausgangsproblem hinweisen: Wir haben nicht nur für heute, sondern auch in der Erwartung starker Jahrgänge in der Zukunft nicht die erforderlichen Studienplätze. Um dieses zweite Problem drücken Sie sich, indem Sie die viel zu kleine Torte in andere Stücke aufteilen, anstatt mehrere Torten zu backen.

Wenn die SPD nun auch diese neue Regelung ablehnt, dann nicht deswegen, weil wir ein für allemal Studieneingangstests die rote Karte zeigen wollen, sondern weil der CSU-Entwurf lediglich darauf abzielt, die beklagenswerte Mangelverwaltung bei hoch frequentierten Studienfächern neu zu sortieren. Gleichzeitig verweigern Sie jede Diskussion darüber, ob angesichts der ökonomischen Notwendigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland im internationalen Wettbewerb auch Kriterien in Erwägung gezogen werden sollten, die einen Hochschulzugang ohne Abitur ermöglichen.

(Signal des Präsidenten)

– Ist die Redezeit schon zu Ende?

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege, es entspricht dem Wunsch Ihrer Fraktion, dass ich Ihnen nach zehn Minuten ein Signal gebe.

Vogel (SPD): Herr Präsident, nicht nach zehn Minuten, sondern nach fünfzehn. Fünfzehn Minuten spreche ich, fünf Minuten spricht Herr Kollege Odenbach. Wir teilen uns das gerecht auf.

(Herrmann (CSU): Wir wollen das noch vor 18 Uhr beschließen!)

– Wenn Kollege Stockinger nicht so lange gesprochen hätte, wären wir schon längst fertig.

Auch hier gibt es eine Reihe von Fragen, deren Beantwortung offen bleibt. Sie sehen den Grund für die hohen Abbruchzahlen vorrangig in den individuellen Defiziten der Studierenden, in mangelnden Fähigkeiten und irreführenden Erwartungen. Sie ignorieren dabei aber, dass erstens in verschiedenen Fächern, zum Beispiel in der Informatik, hohe Abbruchquoten auch auf das Phänomen verweisen, dass viele Studierende schon vor Ende ihres Studiums von der Wirtschaft abgeworben werden. Zweitens vernachlässigen Sie eine zentrale Begründung für Studienabbruch und Misserfolg, dass nämlich die

tagtägliche Arbeits- und Betreuungssituation für viele Studierende durch die Kapazitätsengpässe, durch hohe finanzielle Belastungen und mangelnde Betreuung gekennzeichnet ist. Sie verschließen drittens die Augen vor den Defiziten in der Gymnasialausbildung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn die Studienanfängerinnen und -anfänger wirklich solche Mängel aufweisen, darf man sie doch nicht aus dem Studium herausprüfen, sondern die Schulausbildung muss verbessert werden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist somit ein untauglicher Versuch, vom eigenen Versagen bei der Reform der gymnasialen Oberstufe abzulenken. Wenn die bisherige Form der Studienberatung nicht die tatsächlich erforderlichen Informationen für die Studienwahl transportiert, müssen die jungen Menschen doch nicht durch Eingangstests für diese missliche Lage bestraft werden, sondern die Studienberatung ist zu reformieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben noch weitere Bedenken. Kann ein halbstündiger Test wirklich mehr Aufschluss geben als zwei Jahre gymnasialer Oberstufe? Wie sollen die Hochschulen den unübersehbaren Bürokratieaufwand meistern? Herr Dr. Wilhelm, Sie haben die Veranstaltung in Erlangen durchgeführt. Die „Nürnberger Zeitung“ hat darüber berichtet, dass Ihnen ein Medizinprofessor entgegengehalten hat: zu viel Arbeit, zu wenig Nutzen. Er hat weiter angeführt, man solle erst einmal mit Hilfe einer Studie herausfinden, ob man durch dieses Konzept überhaupt in der Lage sei, die besser geeigneten Studenten herauszufiltern. So hat die „Nürnberger Zeitung“ berichtet. Das ist wohl Ihre Art, mit fachkompetenten Leuten umzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was sagen Sie zu den Befürchtungen, dass kommerzielle Paukstudios aus dem Boden schießen werden? Wie wollen Sie den Bewerbungstourismus vermeiden? Wie berücksichtigen Sie den zeitlichen Ablauf der Abiturprüfungen in verschiedenen Bundesländern? Wie erreichen Sie die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Auswahlkriterien? Wir haben sehr wohl versucht, all diese Aspekte einzubringen, damit wir vielleicht doch noch Ihrer Vorlage zustimmen können. Die CSU-Mehrheit hat sich dem aber verweigert. Deswegen sagen wir nein, solange keine angemessenen Lösungsansätze entwickelt sind.

Meine Kolleginnen und Kollegen der CSU, es wird Ihnen nicht gelingen, mit der SPD zusammen die Abiturientinnen und Abiturienten beim Übergang zur Hochschule zu fragwürdigen Experimenten zu missbrauchen. Wenn es stimmt, dass in unserem Land Bildung ein zentrales Bürgerrecht ist, wenn es stimmt, dass Bildung unsere wichtigste Ressource ist, dann sind sehr wohl Reformen nötig. Ihre Reformen gehen aber von lückenhaften Ana-

lysen aus und zielen in die falsche Richtung. Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf deshalb ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Münzel, bitte.

Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir sehen bei diesem Gesetzentwurf vor allem eine Regelung sehr kritisch, dass nämlich neue Modelle des Hochschulzugangs erprobt werden sollen – die so genannte Eignungsfeststellung. Kollege Dr. Stockinger hat in seinen Ausführungen gesagt, dass das Ziel der Eignungsfeststellung sein solle, die Zahl der Studienabbrecher und Studienabbrecherinnen zu reduzieren. Kollege Vogel hat auf ein Schreiben des Bayerischen Philologenverbandes und der Landeselternvereinigung der Gymnasien in Bayern hingewiesen. Sie schreiben – ich zitiere:

Weder die Bayerische Staatsregierung noch die zuständigen Ministerien anderer Länder können auf Untersuchungen verweisen, die Studienabbrüche auch nur quantitativ erfassen, geschweige denn Informationen liefern, die eine Auseinandersetzung mit den möglichen Gründen zuließe.

Mich würde die Stellungnahme von Staatsminister Zehetmair oder anderen von der CSU interessieren. Es ist wichtig zu wissen, ob wir wirklich im internationalen Vergleich eine so hohe Rate an Studienabbrechern und -abbrecherinnen haben, wie Sie gesagt haben.

(Dr. Spaenle (CSU): Schon einer ist zuviel!)

– Richtig, jeder ist einer zuviel.

Unabhängig von den Zahlen sind wir der Meinung, dass das Abitur dadurch abgewertet wird. Herr Kollege Stockinger, Sie haben das bestritten. Das Abitur wird dann aber nur noch die Zulassungsvoraussetzung für die Eignungsprüfung sein. Insofern ist es eine Abwertung.

Der Philologenverband weist auf eine weitere Problematik hin. Ich zitiere:

An den Gymnasien würden aber auch Lehrinhalte reduziert werden mit der Folge, dass die Kollegstufe nur noch auf Vorbereitungskurse für ein erfolgreiches Absolvieren von Hochschuleingangsprüfungen reduziert würde.

Ich glaube, dass das ein ganz realistisches Szenario ist. In dem Moment, wo es Eingangsprüfungen gibt, wird sofort dahin gehend gepaukt. Es wird Unterlagen geben, wie man sich darauf vorbereitet, und es werden entsprechende Institutionen aus dem Boden schießen, um die Leute vorzubereiten.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Amerika ist voll davon!)

Ich zitiere weiter:

Beispiele aus dem angelsächsischen Ausland zeigen, dass neben einem geschwächten staatlichen Bildungssystem sich privatwirtschaftliche Bildungseinrichtungen entwickeln und etablieren werden. Ob damit die immer beschworene begabungsgerechte Förderung unserer Jugend gesichert werden kann, scheint den Unterzeichnern im höchsten Maße zweifelhaft.

Ich nehme die Bedenken des bayerischen Philologenverbandes und der Landeselternvereinigung sehr ernst. Ich möchte die Abwertung des Abiturs nicht haben, und ich weise auch darauf hin, dass die Hochschuleingangsprüfungen richtig vorbereitet werden müssen.

Wir setzen auf eine verbesserte Beratung, weil wir der Meinung sind, dass viele Studierende keine richtige Vorstellung davon haben, was auf sie zukommt und welche Qualifikationen sie für das Studium mitbringen müssen.

Die anderen Punkte des Gesetzentwurfes können wir mittragen. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Stimme enthalten.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Dr. Spaenle. Bitte schön.

Dr. Spaenle (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Der heute vorliegende Gesetzentwurf dient der Fortschreibung der erfolgreichen Novelle des Bayerischen Hochschulgesetzes von 1998. Diese Reform war nicht, wie Kollege Vogel zu bemerken beliebte, kurzatmig angelegt, sondern sie war im Gegenteil sehr weitsichtig, in vielen Teilen mutig und wird in einigen Punkten mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf weiter entwickelt.

Wie Sie aus Ihrer Anhörung und den Fachgesprächen Ihre Schlüsse zur Weiterbildung ziehen, Herr Kollege Vogel und Kollegen der SPD, können wir nach der Debatte im Fachausschuss nicht nachvollziehen. 1998 wurde von uns die Weiterbildung – im Übrigen mit Ihrer Zustimmung, so glaube ich – als Pflichtaufgabe der Hochschulen ins Hochschulgesetz aufgenommen und unterstrichen. Jetzt ziehen wir die Konsequenzen aus der Entwicklung. Es ist festzuhalten, dass Professorinnen und Professoren unserer Hochschulen ihr Fachwissen, ihr Können und ihr Wissen um die Spitze des wissenschaftlichen Fortschrittes einsetzen – was nicht schlecht, sondern sehr erfreulich ist – und im großen Umfang Weiterbildung betreiben – allerdings außerhalb der Hochschulen.

Außerdem werden erhebliche Mittel der Privatwirtschaft in der Fort- und Weiterbildung, der Manpower und der Personalentwicklung eingesetzt. Wir wollen beides zusammenführen. Die Weiterbildung gehört zum Pflichtaufgabenkatalog der Professorenschaft. Wir wollen aber erreichen, dass sie in den Hochschulen stattfindet. Deshalb sind unsere Erkenntnisse und die Schlüsse, die wir ziehen, den Ihrigen diametral entgegengesetzt. Wir wollen es dem Fachpersonal, den Professoren und Professorinnen ermöglichen, die Weiterbildung, die sich zu deren Gunsten finanziell auswirken soll, im Rahmen der

Hochschule, im Rahmen ihres Dienstauftrages durchzuführen bzw. eine entsprechende Nebentätigkeitserlaubnis zu erhalten. Insofern befürchten wir in keiner Weise weder die personelle Ausblutung noch eine materielle Schwächung der Hochschulen. Im Gegenteil, wir erreichen zusätzlichen Mittelfluss, nicht nur für den einzelnen Lehrenden, sondern auch für die Institution Hochschule.

Nun zur Eignungsfeststellung: Es freut mich, dass wir zumindest in vielen Punkten der Analyse vom gleichen Istzustand ausgehen. Die Analyse lautet schlicht und einfach, dass wir bei einer relativ großen Zahl von Studiengängen über genaues Zahlenmaterial zu Studienabbrechern verfügen. Die Abbruchquoten belaufen sich in einem Studiengang durchweg auf 20 bis 30%.

Trotz guter Fachberatung muss es jedem jungen Menschen unbenommen bleiben, einen Studienfachwechsel durchführen zu können. Es kann sich herausstellen, dass er nicht Mathematik, sondern Geschichte studieren will. Das ist nicht das Problem. Vielmehr liegt das Problem darin, dass es zu viele Studierende gibt, die im Verlauf ihrer Ausbildungsbiografie zu spät bemerken, dass die den falschen Studiengang gewählt haben. Die späte Erkenntnis wird oft erst bei und durch Zwischenprüfungen gewonnen. Wir nehmen diesen jungen Menschen durchschnittlich zwei Jahre ihres akademischen Werdeganges, bis sie nach einer endgültig nicht bestandenen Zwischenprüfung nach bis zu sechs Semestern bemerken, dass sie für ihre akademische Ausbildung nicht den richtigen Studiengang gewählt haben.

Es ist weder im Interesse der jungen Menschen noch im Interesse unseres akademischen Systems, wenn wir sorglos mit dieser Ressource umgehen. Unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist es, unser Hochschulwesen dahin gehend auszurichten, dass den jungen Menschen, die den akademischen Ausbildungsweg gehen wollen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt der richtige Hinweis gegeben wird, wie sie ihren akademischen Ausbildungsweg erfolgreich absolvieren können.

In diesem Zusammenhang haben wir einen sehr intensiven Abwägungsprozess vorgenommen. Einerseits musste die Bedeutung des Abiturs als generelles Reifezeugnis zum Hochschulzugang, also als Voraussetzung zum Studium erhalten bleiben, und andererseits mussten Zugangsvoraussetzungsmodelle geschaffen werden, damit eine bessere Studienverlaufsprognose möglich wird. Man soll zwar nicht jede Form der Ausgestaltung der Hochschulen in anderen Ländern kritiklos übernehmen, aber es gibt in einer Fülle von europäischen und außereuropäischen Ländern Zugangsvoraussetzungsprüfungsmodelle, die den Schluss zulassen, dass eine verbesserte Studienverlaufsprognose möglich ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aus diesen beiden politischen Erkenntnissen, der starken Aussagekraft des Abiturdurchschnitts einerseits und der Erkenntnis, dass wir mit zielgenauem Eignungsfeststellungsverfahren in der Lage sind, bessere Studienverlaufsprognosen abzugeben, ziehen wir in Bayern die Konsequenz. Sie klagen und fragen auf poetisch hohem

Niveau. Diese Fragen haben wir auch gestellt, und – das unterscheidet uns – wir beantworten sie. Wir meinen, dass die Abiturdurchschnittsnote, die mit die höchste Aussagekraft über den Studienerfolg hat, die überwiegende Komponente in einem solchen Eignungsfeststellungsverfahren ist und bleiben wird.

Wenn jemand eine sehr gute Note hat und sich konkret für ein Fach interessiert, aber bei der Eignungsfeststellung nicht so gut abschneidet, wird er aufgrund dieser Festlegung seinen Studienplatz erhalten. Jetzt kommen wir zum entscheidenden Punkt. Wenn jemand ein schlechteres Abitur hat, sich aber in einem solchen Eignungsverfahren als fachlich sehr gut geeignet erweist, kann er eine unter Umständen schlechtere Note ausgleichen und wird dies in seinem Studienverlauf auch rechtfertigen.

Schlechte Betreuungsrelation, angebliches Versagen der Studienberatung: Es war ebenfalls die Hochschulrechtsnovelle von 1998, die das Beratungsverfahren strukturiert hat, zum Teil sogar gegen Ihren Widerstand verpflichtend gemacht hat. Wenn jemand in seinem Grundstudium nicht erfolgreich ist und die Zwischenprüfung nicht schafft, dann ist er verpflichtet, sich einer Studienberatung zu unterziehen. Wir haben einen strukturell und materiell massiven Ausbau des Tutorienwesens auf den Weg gebracht, und wir sind guter Dinge, dass wir auch in den kommenden Haushalten dieses hohe Niveau halten können.

Zur Frage der Auswahlquoten in NC-Fächern möchte ich eine Bemerkung machen. Die Hochschulen haben sich bisher in diesem Bereich sehr vornehm zurückgehalten. Wir wollen dies ändern. Wir wollen in der Profilbildung ein entscheidendes Stück vorankommen, und dazu gehört auch die Auswahl der Studierenden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir auch in dem Punkt, der hochschulpolitisch nicht harmonieerzeugend ist, ein gutes Stück in der bayerischen Hochschulpolitik weiterkommen und insbesondere in diesem Feld unseren Studierenden – und das ist für uns das Entscheidende – den Weg in eine erfolgreiche akademische und letztlich auch berufliche Laufbahn ermöglichen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Als letzter Redner hat sich Herr Kollege Odenbach gemeldet.

(Leeb (CSU): Bewogen und für schwer genug befunden! – Freiherr von Rotenhan (CSU): Er trainiert für den Bundestag! – Weitere Zurufe von der CSU)

Odenbach (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für die guten Wünsche, Herr Kollege von Rotenhan.

1998 hat Herr Staatsminister Zehetmair verkündet, er werde ein Hochschulgesetz vorlegen, dass es kracht. Wir haben auch die Weiterbildung als wesentlichen neuen Schwerpunkt der Hochschulen beschlossen, aber

für diesen Bereich kann ich nicht feststellen, dass es gekracht hat. Aber stinken tut es trotzdem.

(Beifall bei der SPD)

Dazu muss man einiges sagen. Es liegt uns jetzt ein Gesetzentwurf vor, der von drei Kollegen, nämlich Dr. Wilhelm, Dr. Spaenle und Dr. Eykmann eingebracht ist, nicht von der CSU-Fraktion und auch nicht von der Staatsregierung. Das lässt Rückschlüsse zu. In der Problembeschreibung heißt es:

Die derzeit bestehenden Regelungen erschweren es den Hochschulen, der Aufgabe der Weiterbildung umfassend gerecht zu werden. Dies gilt insbesondere für die Möglichkeiten, im Bereich der Weiterbildung nebenamtlich für die Hochschule tätig zu werden.

Diese Lösung einer nebenamtlichen Tätigkeit in diesem Bereich war 1998 nicht vorgesehen. Weder haben wir so gedacht noch haben Sie von einer solchen Lösung gesprochen.

Positiv finde ich – ich sage das sehr deutlich – dass die Einnahmen aus den Weiterbildungsangeboten voll bei den Hochschulen verbleiben. Das ist richtig und ein Stück Autonomie und Wettbewerb.

Was wir aber nicht wollen und wo wir erhebliche beamtenrechtliche und beamtenpolitische Probleme sehen, ist der Versuch Ihrer Lösung. Das ist beamtenrechtlich eine Art Paradoxon. Weil die Aufgabe der Weiterbildung als eine Aufgabe des Hauptamtes an den Hochschulen weitgehend brach liegt, soll sie jetzt ins Nebenamt verlagert werden. Da muss ich schon fragen, Herr Staatsminister: Wo ist die Aufsicht des Wissenschaftsministeriums über die Hochschulen geblieben?

(Beifall bei der SPD)

Was hat denn die Staatsregierung seit 1998, seit diesem neuen Gesetz, unternommen, um der Hauptaufgabe der Weiterbildung zu ihrem Recht im Hauptamt zu verhelfen? Herr Kollege Dr. Wilhelm sagte neulich bei den Beratungen im Hochschulausschuss, niemand sei bereit, eine zusätzliche Arbeit ohne jeden Anreiz zu übernehmen. Dazu kann ich nur feststellen: Kein Finanzbeamter, kein Polizeibeamter, keine Lehrerin, niemand aus dem weiten Bereich des öffentlichen Dienstes wurde in den letzten Jahren jemals gefragt, wenn man ihm mehr Arbeit aufgebürdet hat, ob er zu mehr Arbeit bereit wäre.

(Beifall bei der SPD)

Was die 40-Stunden-Woche betrifft, so wurde schon zweimal niemand von der Beamenschaft Bayerns um Zustimmung gefragt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Stockinger (CSU))

Im Gesetz steht ganz klar, dass sich der Beamte mit voller Hingabe, das heißt mit seiner ganzen Arbeitskraft,

seinem Amt zu widmen hat. Das gilt für alle Beamtinnen und Beamte. Nur gibt es offenbar bei den Hochschullehrern mit der vollen Hingabe bei der Weiterbildung Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Im Hauptamt fehlen den Professoren Zeit und Motivation für die Weiterbildung. Fazit: Wenig Bock auf Weiterbildung, also keine volle Hingabe. Die Lösung heißt dann: Nebenamt schafft Kraft und Money. Siehe da, dann klappt es auch plötzlich mit der vollen Hingabe wieder. Das ist Ihre Lösung, unsere nicht.

Ich zitiere das Gesetz:

Aufgaben, die für den Freistaat Bayern wahrgenommen werden, sind grundsätzlich in ein Hauptamt einzuordnen. Sie sollen nicht zur Erledigung im Nebenamt übertragen werden, wenn sie mit dem Hauptamt in Zusammenhang stehen.

Die Hauptaufgabe der Weiterbildung steht nicht nur im Zusammenhang mit dem Hauptamt, sie ist ein Teil dieses Hauptamtes, und dabei bleiben wir.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nichts dagegen, wenn Weiterbildung auch im Nebenamt betrieben wird, aber wir sind der Meinung, dass sie nicht von vornherein ins Nebenamt verlagert werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Spaenle (CSU) – Prof. Dr. Stockinger (CSU): Realitätsfern!)

Wenn ein Teil der Weiterbildung im Hauptamt betrieben wird und darüber hinaus noch nebenamtlich etwas geleistet werden kann, dann sind wir voll auf Ihrer Linie.

(Prof. Dr. Stockinger (CSU): Genau das wollen wir!)

– Nein, das stimmt nicht. Sie verlagern die Weiterbildung von vornherein ins Nebenamt. Das haben die Beratungen im Ausschuss klar ergeben. Deswegen ist unser Vorschlag die einzig sinnvolle Regelung. Ich kann Ihnen nur sagen: Machen Sie mit, und ziehen Sie Ihren Entwurf zurück.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Ich bitte, jetzt sehr konzentriert zu arbeiten, dann können wir heute noch abstimmen. Sonst gäbe es morgen früh um 9 Uhr die namentliche Abstimmung. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich will Sie nur eine Minute strapazieren. Es handelt sich um drei Punkte, die keine neue Offenbarung sind, aber eine gute Fortschreibung unseres Gesetzes. Bei der Frage des Hauptamtes bzw. Nebenamtes ist es wichtig, dass die Weiterbildung nicht wieder durch die Wirtschaft selbst organisiert wird und

doppelt Geld kostet und unsere Professoren ein zusätzliches Gehalt beziehen. Die machen das natürlich. Wir wollen das Geld an den Hochschulen haben.

Der zweite Punkt ist die Eignungsprüfung. Wer den Paragraphen liest, der weiß, wie streng er gehandhabt wird. Die Entscheidung, das sage ich gleich, trifft der Minister. Wenn jemand glaubt, er könne die Studenten wegrationalisieren, dann wird er feststellen, dass das mit mir nicht geht. Meine Überzeugung ist, dass das Ganze verifizierend für die Eignung ist.

(Beifall bei der CSU)

Das Dritte ist die Frage der Auswahl. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, denn auf dieser Basis gehe ich im Bund vor, damit die verrückte ZVS verschwindet. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Das Hohe Haus bedankt sich herzlich für die Kürze.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 14/7386 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur auf Drucksache 14/8235.

Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu. Als Datum des In-Kraft-Tretens schlägt er vor, in § 4 Absatz 1 den 1. Januar 2002 einzufügen. Ich verweise insoweit auf Drucksache 14/8235.

Wer dem Gesetzentwurf mit dem vom federführenden Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfohlenen Änderungen und den vom endberatenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen In-Kraft-Tretungszeitpunkt zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag unmittelbar in die Schlussabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat

den Titel: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Hochschullehrergesetzes, des Bayerischen Hochschulgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen.“

Ich wünsche einen vergnüglichen Abend und schließe die Sitzung.

(Schluss: 18.01 Uhr)